Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949
1948

30 (5.5.1948)

Visual Library

UNSER TAG

FROVS

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

3. Jahr Nr. 30 / 20 Pfg. ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI Mittwoch, 5. Mai 1948

Frieden! Freiheit! Einheit! Sozialismus!

Die größte aller Maidemonstrationen in Berlin

Berlin. (UT). Dem Rufe des Gewerkschaftsbundes folgten 800 000 Berliner, um den 1. Mai zu einer überwältigenden Demonstration gegen nationale, gewerkschaftliche und politische Spaltung, für Frieden, Freiheit, Einheit und Sozialismus zu gestalten.

Es war die größte Maidemonstration, die ich je erlebte, erklärte der im Kampf für die Arbeiterrechte ergraute Berliner FDGB-Vorsitzende Hermann Schlimme. **„Eine eindeutigere Abfuhr für die Spalter und Kriegshetzer als dieses Bekenntnis zum Frieden und zur Einheit der demokratischen Kräfte ist nicht möglich."**

Von 9.30 Uhr bis kurz vor 14 Uhr strömten die Demonstrationszüge der Betriebe, Verwaltungen, der Jugend und der Frauen aus allen Berliner Bezirken die Linden entlang dem Lustgarten zu. Von der Kampfstimmung, die die Massen beseelte, wurden auch die sozialdemokratischen Arbeiter gepackt, die in den Mittagsstunden von der Kundgebung der Spalter kamen, um sich ihren Klassenbrüdern anzuschließen. Begeistert begrüßt wurde die Abteilung 26 der Berliner SPD, die sich unter ihrer Fahne dem Demonstrationszug für Einheit und Frieden angeschlossen hatte. Auch in der starken Beteiligung der Arbeiter und Angestellten aus Reinickendorf, wo eben erst ein frecher Ueberfall auf das FDGB-Haus durch die Betriebsarbeiter abgewehrt werden mußte, zeigte den Kampfwillen der Berliner Werktätigen.

Berlin. (Südena). Die Straßen der Innenstadt waren seit den Morgenstunden des 1. Mai fast unpassierbar für den Verkehr. Es hallten Sprechchöre, Schalmeienklänge und die „Internationale" wider. Auf der Westseite des Brandenburger Tores waren in riesigen Lettern die Worte „Wer spaltet hilft der Reaktion" zu lesen.

Auf der Kundgebung des Gewerkschaftsbundes sprach der 2. Vorsitzende des Berliner FDGB, Hermann Schlimme: Für die deutschen Arbeiter verbindet sich der diesjährige Maigedanke des Völkerfrühlings mit der bangen Frage, was aus Deutschlands Wirtschaft und aus der künftigen demokratischen Republik werden soll? Wir blicken heute nach London, wo die Zerreißung Deutschlands in zwei Teile vorbereitet wird. In Berlin bietet sich uns das Schauspiel der Aufteilung in vier Sektoren. Nun soll auch die Zersplitterung in die Gewerkschaftsbewegung getragen werden. Wir befinden uns wieder in einer entscheidenden Phase der internationalen Auseinandersetzung, wobei unser Volk besonders gefährdet ist. Durch die Errichtung eines westdeutschen Staates, der mit seinen wichtigen Industrieanlagen zu einem Bollwerk der Imperialisten zu werden droht, sehen wir die größten Störungen für den Frieden und das Hindernis zu einer demokratischen deutschen Republik zu gelangen. Hier liegen auch die Erschwerungen, die den Zusammenschluß aller deutschen Gewerkschaften zu einem gesamtdeutschen Gewerkschaftsbund verhindern. Gegenüber der Frage Krieg oder Frieden kann es für das deutsche Volk keine Neutralität geben. Es ist aufgrund seiner Lage und seiner tragischen Erfahrungen zu einer aktiven Haltung verpflichtet. Jeder Entwicklung zu einem neuen Krieg muß sich das Volk widersetzen. Die internationalen kapitalistischen Mächtegruppen setzen alles daran, die Gewerkschaftsbewegung national und international aufzuspalten, um ihre Herrschaft zu verewigen. Die Gewerkschaftseinheit aber ist der Fels, an dem alle arbeiterfeindlichen Pläne der Reaktion zerschellen werden. Wer die Einheit der deutschen Arbeiterklassen gefährdet, ist mitverantwortlich für eine etwaige neue Katastrophe, die Deutschland der völligen Vernichtung preisgeben würde.

Die Maifeiern in aller Welt

Paris. Das Hauptthema der Reden, die im Verlauf der Kundgebungen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) anläßlich des 1. Mai gehalten wurden, bildete der Appell zu gemeinsamem Handeln, um die Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Der ehemalige sozialistische Abgeordnete Bloncour forderte die echten Sozialisten auf, auf gewerkschaftlichem Gebiet gemeinsam mit der CGT und auf politischem Gebiet gemeinsam mit der Kommunistischen Partei zu handeln. Guyot trat sodann im Namen der Kommunistischen Partei für die Bildung einer Regierung der demokratischen Union ein, in der die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei ihren Platz haben werden.

Moskau. Die traditionelle Feier des 1. Mai fand wie alljährlich auf dem Roten Platz statt. Stalin wurde bei seinem Erscheinen lebhaft gefeiert. Marschall Bulganin brachte der ganzen Welt seine Wünsche dar und erklärte, die Sowjetunion trete für die Verteidigung eines gerechten und demokratischen Friedens ein. Diese Friedenspolitik stoße jedoch auf die internationale Reaktion, die einen erbitterten Feldzug zur Heraufbeschwörung eines neuen Krieges führt. Bulganin betonte, daß die Sowjetunion in ihrem Kampf um den Frieden nicht allein dastände, denn „die Völker sämtlicher Länder seien gegen den Krieg".

New York. 750 000 Menschen nahmen an den beiden in New York stattgefundenen Umzügen teil. Der eine war von den Gewerkschaften veranstaltet worden, der andere von der amerikanischen Legion ehemaliger Kriegsteilnehmer.

Rom. Die große Mai-Kundgebung fand auf der „Piazza del popolo" statt. Der Sekretär des italienischen Gewerkschaftsverbandes, de Vittorio, sprach in Anwesenheit von Vertretern des Weltgewerkschaftsbundes und wandte sich mit folgender Erklärung an die Teilnehmer der Kundgbung: „Die Arbeiter sind entschlossen, einig zu bleiben, um ihre Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden zwischen den Völkern durchzusetzen. Sie können vorübergehende Mißerfolge ertragen, sie können jedoch nicht besiegt werden, weil sie die Quelle des Lebens und jeden Erfolges darstellen."

Als Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes sprachen Deakin und Saillant.

Nach dem Führer wird gerufen

Der Anti-Kommunismus in USA auf hohen Touren

Nashville/Tennessee. In einer Rede vor dem Wahlausschuß der Republikanischen Partei forderte der Sprecher des Repräsentantenhauses, Martin, ein Programm zur Bekämpfung des Kommunismus. Die Vereinigten Staaten seien die einzige Nation, die die Macht und Hilfsquellen besitze, um die Rolle des Führers in der Bewegung zu Bekämpfung des Kommunismus zur übernehmen.

Washington. Der Ausschuß für amerikanische Umtriebe des Repräsentantenhauses, forderte „neue drastische Gesetze zur Beschneidung der Aktivität der KP und der sie unterstützenden Organisationen". Ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf sieht die Strafverfolgung von Funktionären der KP vor. Außerdem müßten sämtliche Mitglieder der Partei sich allmählich registrieren lassen. William Z. Fosler, der Vorsitzende der KP der USA, erklärte, seine Partei werde sich weigern, die Namen ihrer Funktionäre und Mitglieder preiszugeben.

Militärische Europa-Hilfe

London. Die fünf Unterzeichnerstaaten des Westpaktes haben auf der Besprechung ihrer Verteidigungsminister und Generalstabschefs einen ständigen gemeinsamen Militär-Ausschuß gebildet. Ueber Einzelheiten der Tagesordnung und des Verlaufs der Beratungen wurde strengstes Stillschweigen vereinbart. Es habe ein amerikanischer Fragebogen vorgelegen in wieweit die Länder der Westunion eine militärische Zusammenarbeit organisieren könnten und welche Hilfe einschließlich Waffen und Ausrüstung benötigt werde.

Washington. Der britische Botschafter hatte eingehende Besprechungen im Außenministerium über Maßnahmen zur militärischen Unterstützung des Brüsseler Fünfmächtepaktes. Außenminister Marshall erklärte, es sei an eine Belieferung mit Waffen und Munition im Rahmen eines neuen Pacht- und Leihsystems gedacht.

Westregierung?

Paris. (Südena). Wie „Parisien libéré" sich melden läßt, wurde in London eine Einigung über das Prinzip einer deutschen Westregierung erzielt.

Spionagenetz über Ungarn

Budapest. (Südena.) In einem von der ungarischen Telegraphenagentur veröffentlichten Bericht des Innenministeriums wird bekanntgegeben, daß eine geheime Organisation aufgedeckt worden sei, die zur Aufgabe hatte, den Vereinigten Staaten militärische Geheimdokumente und Patente ungarischer Ingenieure zu übermitteln. Die Geheimorganisation war ferner auf die Verbringung ungarischer Ingenieure und Fachleute ins Ausland spezialisiert. Sie erhielten ihre Einreisevisa nach Amerika auf der USA-Botschaft, von der sie auch das für die Reise notwendige Geld erhielten.

Südwürttembergs Landtag vertagt

„Die Grenze des Tragbaren überschritten"

Tübingen. (UT) Weil die Militärregierung eine Anfrage über die fortschreitende Abholzung der Wälder nicht zur Behandlung im Landtag zugelassen hatte, war es den Abgeordneten nicht möglich, in einer lebenswichtigen Frage Stellung zu nehmen und von der Landesregierung Mitteilung über Maßnahmen zur Beseitigung des eingetretenen Notstandes zu verlangen. Der Landtag beschloß deshalb, sich zu vertagen.

Er nahm eine Entschließung an, in der zum Ausdruck kam, daß nach Sinn und Wortlaut einer Anordnung der Militärregierung, wonach diese auf eine Reihe von Gebieten sich die alleinige Gesetzgebung vorbehält, es dem Landtag nicht verwehrt ist, auch auf diesen Gebieten seine Auffassung darzulegen, die Interessen des Landes zu vertreten und die Tätigkeit der deutschen Regierung zu kontrollieren. Insbesondere deshalb nicht, weil es sich um lebenswichtige Fragen handelt und die Belastung der Bevölkerung auf den vorbehaltenen Gebieten der Ernährung, der Landwirtschaft und der Anforderung der Besatzungsmacht überhaupt die Grenze des Tragbaren überschritten hat.

Stuttgart. Die französische Militärregierung beschlagnahmte, laut Dena, die Freitagausgabe der in Oberndorf erscheinenden demokratischen Zeitung „Schwabenecho", weil sie den Beschluß des südwürttembergischen Landtages, sich aus Protest gegen eine Weisung der französischen Militärregierung zu vertagen, im positiven Sinne kommentiert hatte.

Überfall auf Palästina

Einmarsch arabischer Truppen — UN zum Eingreifen aufgefordert

Baden-Baden. Syrische und libanesische reguläre Truppen haben die palästinesische Grenze überschritten und greifen mit Panzerstreitkräften in den Kampf gegen die jüdischen Gruppen ein. Gleichzeitig hat die britische Mandatsmacht Truppenverstärkungen nach Palästina beordert, deren erste Kontingenente eingetroffen sind.

*

Lake Success. Der Delegierte der jüdischen Palästina-Agentur hat an den Präsidenten des Sicherheitsrats ein Telegramm gerichtet, um der Invasion Palästinas durch arabische Truppen ein Ende zu setzen. Diese Invasion drohe zu einem Massenmord und einer vollständigen Zerstörung zu führen.

Einstellung des Feuers in Jerusalem

Lake Success. Der Treuhänderrat erhielt die Mitteilung von einem Abkommen zwischen den Vertretern des arabischen Oberkomitees und der jüdischen Agentur, in dem die Wiederherstellung der Ordnung und die Einstellung des Feuers in der Altstadt von Jerusalem angeordnet wird.

Paris. Die französische Presse nimmt zu den Ereignissen in Palästina nachfolgend Stellung:

Die „Humanité" hebt hervor, daß auch ihre übelwollendsten Gegner nicht von einer kommunistischen Verantwortung bei dem Blutbad in Palästina sprechen könnten. Früher oder später würden die unterdrückten und armen Völker eine freundschaftliche Zusammenarbeit der jüdischen und arabischen Staaten Palästinas durchsetzen und die Pläne der Imperialisten zerbrechen.

Der linksstehende „Franc-Tireur" fordert eine sofortige Beendigung des Krieges in Palästina und erklärt, man müsse die Entscheidung der Organisation der Vereinten Nationen über die Teilung Palästinas durchsetzen.

Die rechtsstehende „Epoque" vergleicht die heutige Lage in Palästina mit der Zeit der **ständigen Balkankrisen.**

II. Kongreß der FDJ Baden

Die Freie Demokratische Jugend in Baden — französische Zone — führt vom 15. bis 17. Mai 1948 in Singen a. H. ihren II. Kongreß, der sich mit allen vor der Jugend stehenden Problemen befassen wird, durch.

Als Umrahmung der zweitägigen öffentlichen Beratungen des Kongresses finden mehrere Veranstaltungen statt.

Wer braucht Krieg?

Der Kreml braucht keinen Krieg, um die Sicherheit der Sowjetunion aufrechtzuerhalten; er braucht keine neuen Gebiete, keine wirtschaftlichen Monopole oder fremden Märkte, keine Rohmaterialien und keine billige Arbeitskraft.

Ueber all dieses verfügt Sowjetrußland bereits innerhalb der eigenen oder zumindest der Grenzen seiner Satellitenstaaten. Im Besitz von großen unerschlossenen Hilfsquellen und gewaltigen Absatzmärkten braucht es also keinen schrecklichen und jedenfalls verhängnisvollen Krieg, um seinen Wohlstand zu sichern."

George Slocombe
(New York Herald Tribune)

Erwin Eckert

Sozialistische Volkspartei Deutschlands

Am 27. April beschloß die Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei der amerikanischen, englischen und französischen Zone in Herne mit 281 gegen 18 bei 19 Stimmenthaltungen nach einer langen und gründlichen Aussprache, den Namen der KPD in „Sozialistische Volkspartei Deutschlands" umzuändern.

Auch in Baden stimmen die Kommunisten dieser Namensänderung zu. Sie ist für uns nicht eine Uebermalung des alten Firmenschildes, sondern ein Ausdruck für die Veränderung der von der Partei schon seit der Brüsseler Konferenz 1935 und erst recht nach 1945 entwickelten Politik, die unter den Voraussetzungen der Ostzone zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in der Sozialistischen Einheitspartei (SED) geführt hat.

Daß unsere Gegner diese Namensänderung ablehnen, und ihre Behauptung, es handle sich nur um eine „Tarnung", um ein ungefährlich aussehensollendes „Schafskleid" für den reißenden Wolf des Totalitarismus und der roten Diktatur, um ein äußerliches Abrücken von einem in der ganzen Welt in Mißkredit geratenen Namen, überrascht uns nicht. Wir haben nichts anderes erwartet. Wie sollten dialektisch nicht geschulte Hirne begreifen können, daß im Kampf um den Sozialismus die jeweilige ökonomische und gesellschaftliche Struktur eines Volkes die Voraussetzung für das politische Handeln einer marxistischen Partei sein muß.

Seit 1933 hat sich durch den rückhaltlosen Versuch des deutschen und europäischen Monopolkapitalismus, sich mit den brutalen Mitteln des Faschismus durchzusetzen, durch den Hitlerkrieg, durch den Zusammenbruch, durch die macht- und wirtschaftspolitischen Veränderungen in der Welt eine fundamentale Umschichtung vor allem auch in Europa und seinem zusammengeschlagenen und zerrissenen Herzen, in Deutschland vollzogen. Was 1933 zur Vernichtung der drohenden Diktatur des Monopolkapitalismus notwendig gewesen wäre, die Diktatur der Arbeiterklasse und der bewaffnete Kampf gegen ihre Feinde, wäre heute Wahnsinn. Die Hoffnung auf die bereits genügend gefestigte internationale Zusammengehörigkeit der politisch-fortschrittlichen Arbeitermassen, durch die damals die Taktik der KPD entscheidend mitbestimmt wurde, hat sich im Toben des faschistischen Krieges als illusionär erwiesen. Die schematische Uebertragung politischer Methodik aus der ganz anderen Situation der Sowjet-Union ist längst überwunden. Die damals im Drange nach der Zerschlagung der bedrohlich gewordenen kapitalistischen Front begreifliche und in unseren Reihen weit verbreitete Unterschätzung unserer Gegner, hat vor allem durch die Nachkriegserfahrungen einer nüchternen Abwägung der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Widerstände und der Machtpositionen der Feinde des Sozialismus Platz gemacht.

Die Aufgabe unserer Partei ist dieselbe geblieben: den Weg zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung freizukämpfen, sie durch eine wirkliche Volksherrschaft zu sichern und damit eine höhere Form der menschlichen Gesellschaft herbeizuführen. Das Ziel dieses Kampfes aber ist — gleichgültig wie lange die Zeiträume bis dorthin sein werden — die friedliche und schöpferische Gemeinschaft aller Völker, die jeden Menschen in gleicher Weise trägt und ihn zu einem freien und gleichberechtigten Glied des Ganzen macht: der Kommunismus.

Sozialistisch ist unsere Partei, weil sie unerschrocken den Kapitalisten entgegentritt, die heute schon wieder glauben, auch im Westen Deutschlands ihre Herrschaft über die vom Krieg enteigneten Massen aufrichten zu können, um ihnen die Kosten des Hitlerkrieges aufzubürden. Sozialistisch nennen wir unsere Partei, weil sie die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung erkämpft, über der sich neue Formen des geistigen und kulturellen Lebens erheben werden

Wir nennen uns **Volkspartei,** weil die Interessen der Arbeiterklasse heute die Interessen der breiten, vom Faschismus und Krieg enteigneten Massen unseres Volkes sind. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen wird, wenn sie — nach der Illusion, ihre frühere bürgerliche Existenz könne noch einmal aufgerichtet werden — zum Bewußtsein ihrer richtigen Lage gekommen ist, mit uns gemeinsam den notwendigen und einzig möglichen Ausweg erkämpfen. Wir sind darum eine demokratische Partei. Die Behauptung, auch das sei „Tarnung", widerlegen wir durch die Praxis unseres politischen Kampfes. Bisher kann man in Deutschland nur davon sprechen, daß die bürgerlichen Parteien unter dem Deckmantel der formalen Demokratie ihre Diktatur gegen die entschiedenen Sozialisten und Antifaschisten aufrichten, wie deren Ausschaltung aus Regierung und Verwaltung zur Vorbereitung des kapitalistischen Marshallplans beweist. Das deutsche Volk aber wird sich trotz aller Widerstände von außen und innen eine eigene demo-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

kratische Ordnung schaffen, die es befähigt, seinen Staat organisch und wirkungsvoll aufzubauen.

Wir nennnen uns Sozialistische Volkspartei Deutschlands, weil wir eine deutsche Partei sind, nicht in bürgerlich nationalistischem Sinne, sondern darum, weil wir unseren Weg zur sozialistischen Wirklichkeit von der spezifisch deutschen Situation aus gehen und unsere politischen Methoden allein von da her bestimmt sind. Wir orientieren uns weder nach dem Westen, noch nach dem Osten, sondern allein daran, was unserem Volk aus der Katastrophe heraushilft.

Aber, so wird man fragen, worin besteht denn der Unterschied zwischen der Sozialistischen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands? Ist diese Namensänderung nicht eine ausgesprochene Bankerotterklärung der KP, eine Kapitulation vor den Grundsätzen, die von der SP schon immer und auch heute noch vertreten werden? Wir haben noch nie bestritten, daß die Mitglieder der SP nicht auch um den Sozialismus zu kämpfen bereit sind, daß nicht auch sie die bürgerliche Demokratie vollenden wollen und für eine wirkliche Demokratie sind. Wir wissen, daß auch sie ein neues Deutschland der arbeitenden Menschen erstreben. Wie könnten wir sonst die Vereinigung der beiden Parteien im Kampf um die Ziele wünschen.

Aber die heutige Führung der SP, die Schumacher, Ollenhauer, Carlo Schmid u. a., lenken die SP auf einen Weg, der nicht zum Sozialismus, nicht zu einer gesicherten Demokratie und nicht zu einer Erneuerung Deutschlands führt. Von dieser Führung, nicht von den Massen der SP-Mitgliedschaft und -Wähler, trennt uns darum ein tiefer Graben. Wir denken nicht daran, die durch tausend Erfahrungen als richtig bestätigten Grundwahrheiten der marxistischen Erkenntnis durch einen Ultrarevisionismus in nichts aufzulösen, wie die Doktoren der Ziegenhainer SP-Konferenz. Wir machen das modern gewordene Geschwätz bürgerlicher Intellektueller von „der Ueberwindung des Marxismus durch einen neuen Humanismus" nicht mit. Auch wir sehen den Marxismus im Lichte des Marxismus und wissen, daß die dialektische Methodik zu immer neuen Erkenntnissen, auch des politischen Kampfes, führt.

Wir haben kein Verständnis dafür, daß die sozialdemokratischen Führer sich den Kapitalisten der Welt anbieten als „Vorkämpfer gegen die Aggression des Kommunismus", und daß sie ihre Hauptaufgabe im Kampf nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Kommunisten, d. h. gegen die entschiedenen Sozialisten sehen.

Wir sind für die Einheit Deutschlands und werden uns gegen jeden Versuch, unser Vaterland in ein West- und Ostgebiet zu zerreißen, mit aller Entschiedenheit wehren. Die SP-Führung aber rechnet die auf dem Wege zur sozialistischen Neuordnung vorwärtsschreitende Ostzone schon gar nicht mehr zu Deutschland. Sie ist für sie „ein von einer totalitären Macht besetztes Land", das vom Westen her erobert werden muß! Wir wollen aufrichtig eine sowohl vom Westen als auch vom Osten unabhängig und frei durchgeführte Abstimmung unseres Volkes über seine zukünftige staatliche Struktur. Wir sind überzeugt, daß eine überwältigende Mehrheit die einheitliche, unteilbare deutsche Republik mit der Hauptstadt Berlin fordern wird und eine deutsche Verfassung, die bei aller Achtung vor der Eigenart der einzelnen Länder jeden Separatismus, auch wenn er sich föderalistisch schminkt, unmöglich macht.

Die SP-Führung redet ihren Mitgliedern und ihrer Wählerschaft ein, daß Deutschland nur durch eine kapitalistische Restauration mit Hilfe des Marshall-Planes gerettet werden könne. Sie ist bereit, um dieser Illusion willen, den Kampf um die Ueberführung des Ruhrgebietes in die Verwaltung des deutschen Volkes preiszugeben. Sie leistet den Absichten der europäischen Kapitalisten unter der Führung Churchills mit Hilfe Amerikas einen Westblock zur Ausbeutung der Arbeitermassen in den zerstörten Ländern Europas zu schaffen, Vorschub. Sie redet von einem „sozialistischen Europa", als ob ein solches möglich wäre, bevor die Sozialisten auch in den wichtigsten westeuropäischen Ländern die tatsächliche politische Macht erkämpft haben. Die sozialdemokratischen Führer distanzieren sich von den Staaten Osteuropas, in denen die Sozialisten bereits die Macht ausüben. Sie hetzen in vorderster Front mit den gleichen tendenziösen und verlogenen Argumenten wie die CDU gegen die Sowjetunion. Die sozialdemokratischen Führer sind bereit, selbst die Aufrüstung der „West-Union" unter einem einheitlichen Kommando mitzumachen. Gehört es aber nicht zu den Hauptaufgaben einer sozialistischen Partei, diese Kriegsvorbereitung durch das Zusammenstehen aller Sozialisten, auch der im Osten, zu verhindern und den Frieden nicht durch Kriegsrüstungen und Drohungen, sondern durch die Verhinderung sich bildender Fronten zu sichern?

Darin also unterscheidet sich die Sozialistische Volkspartei Deutschlands von der SP-Führung. Vielleicht trägt das offene Bekenntnis der Sozialistischen Volkspartei Deutschlands zu ihrer neuen, seit 1945 durchgeführten Politik, das in der Namensumbenennung zum Ausdruck kommt, dazu bei, daß die sozialdemokratischen Mitglieder und Wähler mit allem Nachdruck eine Aenderung der Politik ihrer Führer verlangen.

Warum wenden sich alle übrigen Parteien sofort von Anfang an dagegen, daß sich unsere Partei den Namen gibt, der ihre tatsächliche Politik deutlich zum Ausdruck bringt? Weil es ihnen dadurch erschwert wird, ihre an Goebbels geschulte primitive Propaganda gegen das von ihnen geschaffene Zerrbild des Kommunismus weiterzutreiben. Sie wollen gar nicht, daß wir als eine sozialistische Partei angesehen werden, als eine wahrhafte Volkspartei, als eine deutsche Partei. Sie brauchen den Popanz einer blutriefenden, grauenhaften, alle Freiheit und Würde des Menschen angeblich vernichtenden Kommunistischen Partei, damit sie ihre Gläubigen nicht verlieren und weiterhin für ihre Zwecke mißbrauchen können. Schon tröstet sich die CDU Badens in ihrer Zeitung damit, „daß die Kommunistische Partei kein Glück haben wird mit ihren Täuschungsmanövern". Die Westmächte werden, so hofft sie, die Umbenennung in Sozialistische Volkspartei nicht zulassen! Vielleicht täuscht sich die Süvozet, es gehört doch wohl mindestens zu den Rechten einer politischen Partei auch in der noch sehr unvollkommenen Demokratie unserer Tage, daß sie sich und ihre Ziele durch einen von ihr selbst bestimmten Namen kennzeichnen kann. Jedenfalls erwarten wir, daß die französische Militärregierung unserer Bitte, die Namensänderung zu bestätigen, entspricht. Es wird die CDU enttäuschen, zu hören, daß General Clay am 29. April bereits auf einer Pressekonferenz erklärte, „der Namenswechsel der Kommunistischen Partei in Sozialistische Volkspartei brauche nicht lizenziert zu werden; es sei aber wohl eine Aenderung in der Lizenzurkunde erforderlich".

Der Kampf um das volle Mitbestimmungsrecht

Landeskonferenz der Industrie-Gewerkschaften Chemie – Papier – Keramik

Freiburg. Im Gewerkschaftshaus fand die zweite Landeskonferenz der Delegierten der Industrie-Gewerkschaften Chemie, Papier, Keramik statt. Die Koll. Zimmer und Schneider erstatteten den Geschäftsbericht. Der Verband ist auf nahezu 7000 Mitglieder in 26 Ortsgewerkschaften angewachsen. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich 18 Kollegen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Koll. Max Faulhaber mit 39 gegen 13 Stimmen und zum 2. Vorsitzenden Koll. Eugen Schneider mit 40 gegen 13 Stimmen gewählt. Die 13 Stimmen entfielen jeweils auf den Koll. Breitenbach. Weiterhin wurden die Koll. Rosenblatt, Fischer, Kempf, der Jugendkoll. Dördoth, die Kollegin Schetzinger für die Frauenarbeit und drei Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Einstimmig wurde eine Entschließung für das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Landeskonferenz billigt die bisherige Haltung des Bundesvorstandes im Kampfe für das Mitbestimmungsbericht, wie es im Entwurf des Betriebsrätegesetzes der Gewerkschaften festgelegt wurde. Sie stellt sich daher nach wie vor hinter die Entschließung der Landesbetriebskonferenz vom 12. Februar und bedauert, daß der Bundesvorstand und Bundesausschuß **den Kampf um das Mitbestimmungsrecht nicht mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln bis zur Erreichung unserer Forderungen fortgesetzt hat.** Die Delegierten sind der Meinung, daß der Kampf um das absolute Mitbestimmungsrecht in einer demokratischen Wirtschaft weiter geführt werden muß."

Des weiteren verlangten die Delegierten von der Badischen Regierung die sofortige Errichtung von Arbeitsgerichten. Schon seit 2 Jahren erwarteten die Gewerkschaften auf diese Gerichte und die Landeskonferenz sieht in dieser Verschleppung eine Mißachtung der Arbeiterrechte durch die Regierung.

In einer weiteren Resolution erinnert die Konferenz eindringlich an die Entschließung des Badischen Bundestages über die Wirtschaftseinheit Deutschlands, sowie an die Beschlüsse der 4. Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen zur Neuregelung der deutschen Wirtschaft. Sie verlangt von der Landesvereinigung und vom Bundesvorstand, sich für diese Ziele voll und ganz einzusetzen. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist die gewerkschaftliche Einheit, das absolute Festhalten an der politischen und religiösen Neutralität und die rasche Schaffung eines deutschen Gewerkschaftszentrums.

Die erfolgreich verlaufene Tagung verlief in ausgezeichneter gewerkschaftlicher Disziplin. — Durch gute Zusammenarbeit aller Funktionäre und Gewerkschaftsmitglieder sind weitere gewerkschaftliche Erfolge gewährleistet.

*

Frankfurt. Bundesbeirat und Vorstand des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen billigte eine Entschließung der Funktionäre der Gewerkschaft „Oeffentliche Verwaltungen und Betriebe" zum Betriebsrätegesetz, die sich entschieden gegen die Absicht wendet, das Mitbestimmungsrecht für die Betriebsräte der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe auszuschalten. Die Arbeitnehmer würden darin einen Verstoß gegen die Verfassung sehen, und die Gewerkschaft würde mit ihrer ganzen gewerkschaftlichen Kraft um ihr verfassungsmäßiges Recht kämpfen.

Faschisten organisieren sich

London. Oswald Pirow, der Leiter der südafrikanischen Bewegung der neuen Ordnung, sagte in London, vor seinem Abflug nach Madrid, daß er und Sir Oswald Mosley beabsichtigen, eine neue politische Partei unter dem Namen „Feinde der Sowjetunion" ins Leben zu rufen. Ueber den Grund seines Besuches in Madrid lehnte Pirow jede Auskunft ab.

Finnisch-sowjetischer Pakt ratifiziert

Helsinki. Das finnische Parlament ratifizierte den finnisch-russischen Freundschafts- und Beistandspakt, der in Moskau unterzeichnet wurde. Die Vorlage der Regierung wurde mit 157 gegen 11 Stimmen angenommen.

Politik am Rande

Sie merken alles

Die „Rheinische Post" (CDU) vom 14. 4. 1948 schließt einen Leitartikel mit folgendem Satz:

„Denn man muß sich im klaren sein, daß die wirkliche Gefahr des Nationalismus sowohl wie des Kommunismus erst akut wird, wenn ein Kaloriensatz von 2000 unsere verhungerte Bevölkerung befähigt, politisch zu denken und zu handeln."

Aufschlußreiche Erkenntnis

Nach einer AP-Meldung erklärte der Rechtsanwalt Fritz Laternser im Kriegsverbrecherprozeß gegen die Hitler-Generale in Nürnberg: **Deutschland hätte sich, wegen eines drohenden Angriff Sowjetrußlands auf einen Krieg vorbereiten müssen.** Als Beweis für diese Geschichtsfälschung zog er die gegenwärtige **„kommunistische Expansion im Osten"** heran und verglich **Hitlers Aufrüstung mit dem Rüstungsprogramm des Präsidenten Truman.** Seitdem Nürnberger Urteile gegen die führenden Nazis feststellten, daß **es keinerlei Grundlage für die nazistischen Behauptungen einer Bedrohung Deutschlands durch einen russischen Angriff gegeben habe, sei inzwischen die Welt Zeuge von Ereignissen gewesen, die es notwendig erscheinen lassen, solche Behauptungen zu revidieren.**

Es ist immerhin bezeichnend, daß der „Telegraf", der es sich zu seiner Hauptaufgabe gemacht hat, gegen die Sowjetunion und die Kommunisten zu hetzen, am 14. April Herrn Laternser folgende Antwort erteilte:

„Herrn Laternser ist es offenbar völlig unbekannt, daß Hitler im August 1939 einen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion abschloß. **Damals ist also die Naziführung von einer Bedrohung Deutschlands durch einen russischen Angriff nicht überzeugt gewesen.** Hitler hat im Gegenteil bei dem Abschluß des Bündnisses erklärt, daß es nie wieder zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Rußland kommen dürfe. **Andererseits ist es eine historische Tatsache, daß Hitler die Sowjetunion im Juni 1941 überfiel und ihr den Krieg aufzwang. Aus diesem Krieg, der zu der Katastrophe Hitler-Deutschlands führte, ist die Sowjetunion als Sieger hervorgegangen . . ."**

Kein Volk will einen neuen Krieg

Es ist interessant, die geradezu hysterischen und sensationellen Artikel in der westlich orientierten Presse über die Frage Krieg oder Frieden zu verfolgen.

Die Berliner Presse hat z. B. während des Mißverständnisses zwischen den Alliierten in Berlin unter anderm folgende alarmierende Ueberschriften benutzt: „Vansittart: **Der dritte Weltkrieg hat begonnen", „Kampf gegen Kommunismus — Verteidigung gegen die sowjetische Expansion"** und **„Kriegsbericht von den Zonengrenzen".**

Der Weltkrieg hat zwar nicht begonnen, er wird auch nicht beginnen, weil kein Volk einen neuen Krieg will. Die Sowjet-Union denkt nur daran, die furchtbaren Wunden, die der Hitlerkrieg dem Land geschlagen hat, zu heilen, und die USA-Monopolisten werden sich wohl überlegen, ob sie die Welt in ein neues Chaos stürzen wollen.

Der britische Generalstab, schreibt die amerikanische Zeitschrift „Newsweek", schätzt, „daß der Welt der Frieden noch sechs, mindestens aber noch vier Jahre erhalten bleiben werde." „New York Herald Tribune" gibt der Ansicht Ausdruck, daß weder Engländer noch Franzosen in der Lage seien, einen Krieg zu führen, sondern das Bestreben hätten, nicht in eine Auseinandersetzung der USA mit der Sowjetunion hineingezogen zu werden. „New Statesman and Nation" aber meint, daß Amerika aber noch weit davon entfernt sei, sich darüber schlüssig zu werden, einen Krieg zu beginnen. „Die amerikanischen Militärs", erklärt die englische Zeitschrift, „hätten schon längst Atombomben auf Rußland geworfen, wenn sie nicht wüßten, daß das Ergebnis die sofortige Besetzung ganz Europas durch die Sowjet-Union wäre. Sie hätten bei einem solchen Unternehmen weder die nötigen Soldaten noch genügend Flugzeuge, noch die öffentliche Meinung hinter sich."

Der Marshall-Plan macht unfrei

Athen. Die republikanische Zeitung „Eleutheria" beklagt sich darüber, daß eine stückweise Aufgabe seiner Souveränität von Griechenland als Gegenleistung für die Hilfe des Marshallplanes gefordert werde. Sie erwähnt vor allem den exterritorialen Statuts des Personals der amerikanischen Mission für die Griechenlandhilfe (AMAG) und die Beschlagnahme der griechischen Kapitalien im Ausland, ohne die Tatsache in Rechnung zu stellen, ob das interessierte Ausland selbst von den Vereinigten Staaten unterstützt wird oder nicht. Die „Eleutheria" stellt dabei die Frage, was mehr zur bedauern wäre: Die Unnachgiebigkeit der AMAG oder die Schwäche der griechischen Regierung.

Athen. Der Leiter der amerikanischen Hilfsmission für Griechenland soll dem Gesuch des Wirtschaftsberaters der AMAG um Entlassung von seinem Posten entsprochen haben. Der Wirtschaftsberater erklärt, daß die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsvertretern der griechischen Regierung wegen der ständig auftretenden Meinungsverschiedenheiten immer schwieriger werde.

Labour-Partei maßregelt fortschrittlichen Flügel

London. Der Labour-Abgeordnete Platts-Mills, der dem linken Flügel der Partei angehört, und einer der Urheber des Unterstützungstelegramms für Nennei war, wurde aus der Labour Party ausgeschlossen. 21 weitere Labour-Abgeordnete, die das Telegram anläßlich der Wahlen ebenfalls unterschrieben hatten, wurden von dem Exekutivausschuß der Partei aufgefordert, bis zum 6. Mai das Versprechen abzugeben, in Zukunft die von der Partei verfolgte Politik zu unterstützen, andernfalls würden sie ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen werden. Die anderen 30 bis 40 Unterzeichner des Nenni-Telegramms werden von dieser Maßnahme nicht betroffen, da sie ihre Unterschrift inzwischen zurückgezogen haben. Mit dem Ausschluß aus der Labour Party verliert der Abgeordnete Platts-Mills seinen Sitz im Unterhaus nicht.

Platts-Mills zu seinem Ausschluß

Der Unterhausabgeordnete Platts-Mills erklärte zu seinem Ausschluß aus der Labour Party, daß er die Folge seiner Kritik an der Außenpolitik der britischen Regierung sei. Er warf der Regierung vor, daß sie Großbitannien ins „Kriegslager der Wallstreet" geführt habe. Bei der verzweifelten Suche nach neuen Märkten strebten die gegenwärtigen Herrscher Amerikas genau wie Hitler und die Industrialisten, die ihn an die Macht brachten, nach der Weltherrschaft. Bevins Politik habe zur Preisgabe Großbritanniens und des Commonwealth an Amerika für „eine Hand voll Dollar" geführt. Diese Politik werde mit dem völligen Zusammenbruch Großbritanniens enden, das „zum Schlachthaus in einem anderen, noch furchtbareren Kriege" werden würde.

Provokateur mordet griechischen Minister

Athen. Der griechische Justizminister Ladas wurde bei einem Attentat getötet. Er war Mitglied der Liberalen Partei und gehörte der Koalitionsregierung an. Auf das Attentat hin wurde für den gesamten Bezirk Athen das Kriegsrecht proklamiert.

*

Paris. Der Sender General Markos' gibt bekannt, daß die Offensive der Regierungstruppen in Zentralmazedonien im Gebiet des Krusi-Berges völlig zusammengebrochen ist. In West- und Ostmazedoniens wie auch auf dem Pelopones schreitet der Vormarsch der Befreiungstruppen fort.

Die Meldung beziffert die an allen Fronten stehenden Regierungsstreitkräfte mit 135 000 Mann, die von starker Gebirgsartillerie und modernen Flugzeugen unterstützt werden.

Kölner „Volksstimme" verboten

Düsseldorf. Die kommunistische „Volksstimme" wurde durch die britische Militärregierung für die Dauer eines Monats verboten. In der Begründung heißt es, die Zeitung habe mit der Veröffentlichung des Maiaufrufes der Kommunistischen Partei die amerikanische Besatzungsmacht beleidigt. Das Papierkontingent der „Volksstimme" wird den anderen Parteien zur Verfügung gestellt.

Dies ist das vierte Verbot einer kommunistischen Zeitung in der britischen Zone.

Neuer KZ-Prozeß in Rastatt

Rastatt. Vor dem Tribunal Général in Rastatt begann der Prozeß gegen 9 ehemalige Wachmannschaften des KZ-Lagers Porta bei Minden in Westfalen.

Das Lager Porta wurde im März 1944 eingerichtet. Zunächst kamen 300 Häftlinge aus Buchenwald, später zahlreiche weitere Gefangene, so daß die Zahl 1400 erreichte. Die Häftlinge des Lagers waren zum Bau eines unterirdischen Stollens eingesetzt. Dieser wurde in einen Felsen getrieben, in dem eine Fabrik zur Erzeugung von synthetischen Treibstoffen errichtet werden sollte. Die Arbeitszeit betrug 12 Stunden, an Sonntagen 15 Stunden. Aus Mangel an Schuhen mußten zahlreiche Häftlinge in Schmutz und Schnee barfuß gehen. Es war üblich, die Leichen der gestorbenen oder ermordeten Lagerinsassen in eine große Holzkiste zu werfen, wo sie von ihren Kameraden zusammengestampft werden mußten, damit alle Leichen in der Kiste untergebracht werden konnten.

Die schwerwiegende Anklage hängt mit der Evakuierung des Lagers im April 1945 zusammen. Auf einem furchtbaren Transport, bei dem je 80 Häftlinge in einen Güterwagen hineingepfercht wurden, kamen mehrere hundert Häftlinge ums Leben.

Röchling-Prozeß auf 20. Mai vertagt

Rastatt. Am 30. April, dem 40. Verhandlungstag im Röchling-Prozeß, gab Präsident Pihier die Vertagung des Gerichtes auf den 20. Mai bekannt. An diesem Tage werden die Plädoyers der Anklagebehörde beginnen.

Warschau. Der ehemalige Gauleiter der Freien Stadt Danzig, Albert Forster, wurde von dem obersten polnischen Nationalgericht in Warschau zum Tode verurteilt.

„Pflicht verletzt"

Mannheim. Nach der Einkreisung Mannheims durch die alliierten Truppen hatte der ehemalige Polizeihauptmann Otto Böse drei Männer erschießen lassen, die die weiße Fahne an einem Bunker gehißt hatten. Das Landgericht Mannheim verurteilte im März vorigen Jahres Böse zu drei Jahren Gefängnis. Die amerikanische Militärregierung hat jetzt dieses Urteil aufgehoben und eine neue Verhandlung angeordnet. In dem an den württembergisch-bad. Justizminister Beyerle gerichteten Schreiben weist die USA-Militärregierung darauf hin, daß dies die erste Entscheidung eines deutschen Gerichtes sei, die seit Beginn der Besetzung durch die Militärregierung aufgehoben worden sei. Die Prüfung der Akten habe eindeutig ergeben, daß das Gericht seine Pflicht verletzt habe, indem es versäumte, die Wahrheit durch die Ueberprüfung allen verfügbaren Beweismaterials festzustellen.

An unsere Leser

Wegen des Himmelfahrtstages erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Samstag, den 8. Mai.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden — Organ der KP
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg. —
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel — Verlagsleiter: Hermann Jerrentrup
Verlag: Südwest-Verlag GmbH. (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 361. Fernruf 2207. Erscheint mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatl. 1.50 Mk.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am 5. Mai vor 130 Jahren ist Karl Marx in Trier geboren. Wir feiern Marx als den genialen Denker und Entdecker der Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, der vor 100 Jahren mit dem „Kommunistischen Manifest" im Namen des ausgebeuteten Proletariats und der leidenden Menschheit dem kapitalistischen System unversöhnlichen Kampf angesagt und organisiert hat.

Wenn wir Sozialisten heute feierlich unseres großen Vorkämpfers gedenken, dessen Banner mit der Inschrift „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" im Befreiungskampf über dem ganzen Erdball weht, so graben wir keinen „toten Hund" aus, wie die kapitalistische Meute — die Marx sein ganzes Leben lang verfolgt und aus seinem deutschen Vaterland vertrieben hatte —, ihn auch jetzt noch verhöhnen möchte.

Ganz im Gegenteil: Wir feiern, mehr als je, den lebendigen Karl Marx, indem wir uns zur kraftvollen marxistischen Bewegung bekennen, die heute wieder im Mittelpunkt der konzentrierten Angriffe aller Mächte der Reaktion steht. Wieder wird gegen den Marxismus alles, was sozialistenfeindlich ist, mobilisiert. Das Kommando hat — mit eigener „Doctrin" — der amerikanische Monopolkapitalismus, der vor keinem Mittel zurückschreckt, um die Freiheitskämpfe der erwachenden Völker niederzuhalten und niederzuschlagen. Als „Anti-Kommunismus" getarnt, heißt seine jüngste Methode „Marshall-Plan", in dessen Hintergrund der Krieg gegen die Union der sozialistischen Sowjet-Republiken droht, weil sie die stärkste Festung realer Volksherrschaft ist.

Karl Marx

In dieser Stunde massivster Angriffe und tödlicher Gefahren mit einem neuen Weltkrieg scharen sich alle Sozialisten zusammen mit den Freiheits- und Friedensfreunden der ganzen Welt um die Fahne des lebendigen Marxismus, denn nur in ihm liegt die Rettung und die Kraft des Sieges.

Lenin: Quellen und Bestandteile des Marxismus

Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie richtig ist. Sie ist in sich abgeschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt. Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Oekonomie und des französischen Sozialismus geschaffen hat.

Die Philosophie des Marxismus ist der Materialismus. Im Laufe der gesamten neuesten Geschichte Europas und insbesondere am Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich, wo eine entscheidende Schlacht gegen alles mittelalterliche Gerümpel, gegen den Feudalismus in den Einrichtungen und Ideen geschlagen wurde, erwies sich der Materialismus als die einzige folgerichtige Philosophie, die allen Lehren der Naturwissenschaften treu bleibt, die dem Aberglauben, jeder Frömmelei usw. feind ist.

Aber Marx blieb nicht beim Materialismus stehen, er entwickelte die Philosophie weiter. Er bereicherte sie durch die Errungenschaften der deutschen klassischen Philosophie und besonders des Hegelschen Systems, das zum Materialismus Feuerbachs geführt hatte. Die wichtigste dieser Errungenschaften ist die Dialektik, d. h. die Lehre von der Entwicklung in ihrer vollständigen, tiefsten und von Einseitigkeit freiesten Gestalt, die Lehre von der Relativität des menschlichen Wissens, das uns eine Widerspiegelung der sich ewig entwickelnden Materie gibt. Die neuesten Entdeckungen der Naturwissenschaft — Radium, Elektrone, Verwandlung der Elemente — haben den dialektischen Materialismus von Marx glänzend bestätigt, trotz der Lehren der bürgerlichen Philosophen mit ihrer ständig „neuen" Rückkehr zum alten und faulen Idealismus.

Marx, der den philosophischen Materialismus vertiefte und entwickelte, führte ihn zu Ende und dehnte dessen Erkenntnis der Natur auf die Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft aus. Der historische Materialismus von Marx ist eine gewaltige Errungenschaft des wissenschaftlichen Denkens. Das Chaos und die Willkür, die bis dahin in den Anschauungen über Geschichte und Politik geherrscht hatten, wurden durch eine erstaunlich einheitliche und harmonische wissenschaftliche Theorie abgelöst, die zeigt, wie sich aus einer Form des gesellschaftlichen Lebens, als Folge des Wachsens der Produktivkräfte, eine andere, höhere Form entwickelt — aus dem Feudalismus zum Beispiel der Kapitalismus hervorgeht.

Genau so wie die menschliche Erkenntnis die vom Menschen unabhängig existierende Natur, d. h. die sich entwickelnde Materie widerspiegelt, so widerspiegelt die gesellschaftliche Erkenntnis des Menschen (d. h. die verschiedenen philosophischen, religiösen, politischen usw. Anschauungen und Lehren) die ökonomische Struktur der Gesellschaft. Die politischen Einrichtungen sind ein Ueberbau auf der ökonomischen Grundlage. Wir sehen z. B., wie die verschiedenen politischen Formen der heutigen europäischen Staaten dazu dienen, die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat zu festigen.

Marx' Philosophie ist der vollendete philosophische Materialismus, der der Menschheit — insbesondere aber der Arbeiterklasse — mächtige Mittel der Erkenntnis gegeben hat.

Die ökonomische Theorie

Nachdem Marx erkannt hatte, daß die ökonomische Struktur die Grundlage ist, auf der sich der politische Ueberbau erhebt, wandte er seine Aufmerksamkeit vor allem dem Studium dieser ökonomischen Struktur zu. Das Hauptwerk von Marx — „Das Kapital" — ist der Erforschung der ökonomischen Struktur der modernen, d. h. der kapitalistischen Gesellschaft gewidmet.

Die klassische politische Oekonomie entstand vor Marx in England, dem entwickeltsten kapitalistischen Land. Adam Smith und David Ricardo, die die ökonomische Struktur untersuchten, legten den Grundstein der Arbeitswerttheorie. Marx setzte ihr Werk fort. Er begründete diese Theorie exakt und entwickelte sie folgerichtig. Er zeigte, daß der Wert jeder Ware durch die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird, die zur Produktion der Ware gebraucht wird.

Wo die bürgerlichen Oekonomen ein Verhältnis von Dingen zueinander sahen (Austausch von Ware gegen Ware), dort enthüllte Marx ein Verhältnis von Menschen zueinander. Der Austausch von Waren drückt die Verbindung zwischen einzelnen Produzenten vermittels des Marktes aus. Das Geld bedeutet, daß diese Verbindung immer enger wird und das gesamte wirtschaftliche Leben der einzelnen Produzenten untrennbar zu einem Ganzen verknüpft. Das Kapital bedeutet eine weitere Entwicklung dieser Verbindung: zur Ware wird die Arbeitskraft des Menschen. Der Lohnarbeiter verkauft seine Arbeitskraft dem Besitzer des Bodens, der Fabriken, der Arbeitsmittel. Einen Teil des Arbeitstages verwendet der Arbeiter darauf, die zu seinem und seiner Familie Unterhalt notwendigen Ausgaben zu decken (Arbeitslohn), den anderen Teil des Tages jedoch arbeitet der Arbeiter unentgeltlich; er schafft Mehrwert für den Kapitalisten, die Quelle des Profits, die Quelle des Reichtums der Kapitalistenklasse. Die Lehre vom Mehrwert ist der Grundpfeiler der ökonomischen Theorie von Marx.

Das durch die Arbeit des Arbeiters geschaffene Kapital unterdrückt den Arbeiter, ruiniert die Kleinbesitzer und erzeugt eine Armee von Arbeitslosen. Auch die Bauernwirtschaft gerät in die Schlinge des Geldkapitals, sie verfällt und wird ruiniert unter der Last der rückständigen Technik.

Durch die Zerschlagung der Kleinproduktion führt das Kapital zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Schaffung einer Monopolstellung der Vereinigungen der Großkapitalisten. Die Produktion selbst wird immer mehr zu einer gesellschaftlichen Produktion — Hunderttausende und Millionen von Arbeitern werden zu einem planmäßigen Wirtschaftsorganismus zusammengefaßt —, das Produkt der gemeinsamen Arbeit aber eignet sich eine Handvoll Kapitalisten an. Es wachsen die Anarchie der Produktion, die Krisen, die tolle Jagd nach Märkten, die Unsicherheit der Existenz für die Masse der Bevölkerung.

Die kapitalistische Ordnung, die die Abhängigkeit der Arbeiter vom Kapital steigert, schafft gleichzeitig die gewaltige Macht der vereinigten Arbeit.

Der Kapitalismus hat in der ganzen Welt gesiegt, aber dieser Sieg ist bloß die Vorstufe zum Sieg der Arbeit über das Kapital.

Der ursprüngliche Sozialismus war ein utopischer Sozialismus. Er kritisierte die kapitalistische Gesellschaft, verurteilte und verfluchte sie, träumte von ihrer Vernichtung, phantasierte von einer besseren Ordnung und suchte die Reichen von der Unsittlichkeit der Ausbeutung zu überzeugen.

Der utopische Sozialismus war jedoch nicht imstande, einen wirklichen Ausweg zu zeigen. Er vermochte weder das Wesen der kapitalistischen Lohnsklaverei zu erklären, doch die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus zu entdecken, noch jene gesellschaftliche Kraft zu finden, die fähig wäre, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden.

Indessen enthüllten die stürmischen Revolutionen, von denen der Untergang des Feudalismus, der Leibeigenschaft überall in Europa und vor allem in Frankreich begleitet war, immer augenfälliger den Kampf der Klassen als Grundlage der gesamten Entwicklung und als ihre treibende Kraft.

Kein einziger Sieg der politischen Freiheit über die Klasse der Feudalen wurde errungen ohne deren verzweifelten Widerstand. Kein einziges kapitalistisches Land bildete sich auf mehr oder weniger freier, demokratischer Grundlage ohne Kampf auf Leben und Tod zwischen den verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Genialität von Marx besteht darin, daß er es früher als alle anderen verstand, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen und konsequent zu entwickeln, die uns die Weltgeschichte lehrt. Diese Schlußfolgerung ist die Lehre vom Klassenkampf.

Die Menschen waren in der Politik immer die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu finden. Die Anhänger von Reformen und Verbesserungen werden immer von den Verteidigern des Alten übertölpelt werden, solange sie nicht begreifen, daß sich jede alte Einrichtung, wie sinnlos und faul sie auch erscheinen mag, durch die Kräfte dieser oder jener herrschenden Klassen behauptet.

Um aber den Widerstand dieser Klassen zu brechen, gibt es nur ein Mittel: innerhalb der uns umgebenden Gesellschaft selbst Kräfte zu finden, aufzuklären und zum Kampf zu organisieren, die imstande — und infolge ihrer gesellschaftlichen Lage genötigt — sind, die Kraft zu bilden, die das Alte hinwegzufegen und das Neue zu schaffen vermag.

Auszugsweise aus einem Artikel von Lenin [1913].

1818 / KARL MARX / 1948

Zum 130. Geburtstag

Karl-Marx-Woche

vom 5. Mai bis 8. Mai
in seiner Geburtsstadt Trier

Mittwoch, 5. Mai

Eröffnungsfeier mit Vortrag von *Willi Feller:* Karl Marx, Leben u. Werk

Freitag, 7. Mai

Dr. Karl Bittel: Lebendiger Marxismus; *Edgar Schulz:* 100 Jahre Kommunistisches Manifest; *Dr. Ernst Reifenberg:* Karl Marx und die 48er Revolution

Samstagvormittag, 8. Mai

Große festliche Veranstaltung:

Marx - Deutschlands größter Sohn

Ansprachen von *Hans Eiden / Willi Prinz / Herbert Müller / Wilfred Acker / Erwin Eckert / Fritz Nickolay / Hans Venedey / Otto Niebergall*

KOMM. PARTEI DEUTSCHLANDS
(Bezirk Trier)

Sein Leben

Am 5. Mai 1818 ist Karl Heinrich Marx als Sohn des Rechtsanwalts Heinrich Marx in der Brückenstraße in Trier an der Mosel geboren. Seine Eltern waren wohlhabend und gehörten zu dem fortschrittlichen Teil der liberalen Intelligenz der Stadt. Nach Beendigung des Gymnasiums bezog Marx die Universität, erst in Bonn, dann in Berlin und studierte Rechtswissenschaft, vor allem aber Geschichte und Philosophie. Mit 23 Jahren (1841) erwarb er die philosophische Doktorwürde. Auf eine Professur rechnend, übersiedelte Dr. Marx nach beendetem Universitätsstudium nach Bonn, jedoch die reaktionäre Politik der Regierung versperrte ihm die Gelehrtenlaufbahn.

Frühzeitig widmete sich Marx der journalistischen Tätigkeit. Mit einem Artikel, den er im Mai 1842 anläßlich der Debatten im Rheinischen Landtag über die Pressefreiheit schrieb, zog er die Aufmerksamkeit der fortschrittlichen bürgerlichen Kreise der Rheinprovinz auf sich, die ihn aufforderten, den Posten des Redakteurs der in Köln erscheinenden „Rheinischen Zeitung" zu übernehmen. Wegen ihrer rücksichtslosen Kritik des reaktionären Preußentums wurde sie beständig verfolgt und schließlich verboten.

Im Juni 1843 heiratete Marx in Kreuznach seine Jugendfreundin Jenny von Westphalen, mit der er schon als Student verlobt war. Von ihr schrieb ein deutscher Arbeiter einmal: „Sie war eine große, selten schöne Frau, vornehm in der äußeren Erscheinung, dabei aber so außergewöhnlich gutmütig, liebenswürdig, geistreich und so frei von allem Stolz und jeder Steifheit, daß man sich in ihrer Umgebung wie bei seiner eigenen Mutter oder Schwester behaglich zu Hause fühlte."

Da die scharfe preußische Zensur keine freie journalistische Tätigkeit duldete, ging Karl Marx im Herbst 1843 nach Paris, um dort gemeinsam mit dem deutschen Demokraten Ruge die „Deutsch-Französischen Jahrbücher" herauszugeben:

Im September 1844 besuchte Friedrich Engels Marx. Sie schlossen eine enge persönliche Freundschaft und fruchtbare Arbeitsgemeinschaft und arbeiteten zusammen an der Lehre und Taktik des wissenschaftlichen Sozialismus, der in scharfem Kampf gegen die verschiedenen Lehren des kleinbürgerlichen Sozialismus stand. Auf Betreiben der preußischen Regierung wurde Marx 1845 aus Paris ausgewiesen. Er übersiedelte nach Brüssel. Im Frühjahr 1847 schlossen sich Marx und Engels dem geheimen „Bund der Kommunisten" an und verfaßten das im Februar 1848 erschienene „Manifest der Kommunistischen Partei."

Anläßlich der Februarrevolution von 1848 wurde Marx aus Belgien ausgewiesen, ging nach Paris, um nach der Märzrevolution in die Heimat zurückzukehren. In Köln gründete er mit seinen Genossen die „Neue Rheinische Zeitung", die zum Mittelpunkt der entschiedenen Demokratie in Deutschland wurde, bis auch sie im Mai 1849 verboten wurde. Marx begab sich wieder nach Frankreich, mußte jedoch im Juni bereits nach London emigrieren.

Ungeheuer schwer war das neue Emigrantenleben. Not und Krankheit lasteten auf ihm und seiner Familie. Ohne die ständige aufopfernde finanzielle Freundeshilfe durch Engels wäre er nicht in der Lage gewesen, sich so aktiv der internationalen sozialistischen Bewegung und insbesondere der deutschen Partei zu widmen und neben zahllosen Korrespondenzen, Artikeln, Vorträgen und Schriften sein wissenschaftliches Lebenswerk „Das Kapital" zu vollenden.

Am 14. März 1883 starb Karl Marx 65jährig in London. Ein reiches Leben im Dienste des Sozialismus und der Menschheit hatte sich erfüllt.

r. k.

Bekenntnis

Dies ist das Große,
Was die neue Lehre kündet:

Daß sie den Menschen hinstellt
Als Arbeiter auf Erden,
So auch den Arbeiter hinstellt
Als Menschen auf Erden,
Was er bis heute noch nie gewesen war!

Daß sie den Menschen hinstellt,
In den Weltenraum und auf Erden:
Die Arbeit hinter ihm,
Die Gleichheit unter ihm,
Die Liebe zu seiner Linken,
Die Gerechtigkeit zu seiner Rechten,
Die Wahrheit vor ihm
Und die Freiheit über ihm,
Aber die Schönheit in ihm!

Jacoby.

Die Persönlichkeit

Marx war ein Mann von mittlerer Größe, breitschultrig, von gerader Haltung; der Schädel rund, von mächtigem Haar- und Bartwuchs umrahmt, der in jungen Jahren glänzend schwarz, früh ergraute und zuletzt schneeweiß geworden war; die Stirn schön gewölbt, die dunklen Augen flammend lebhaft, die Nase klein, breite Flügel. Der Ausdruck des Antlitzes Energie, Klarheit, Güte.

Marx war ein schlichter Mann, und er liebte die Schlichtheit. Er war ein echter Gelehrter und in vielen Merkmalen ein echter deutscher Gelehrter. Er lebte in und mit Büchern. Er hegte die größten Pläne, machte die kühnsten Entwürfe, sammelte und forschte, schrieb und schrieb, tilgte und tilgte und war eine zu mannigfache, zu polyphone Natur, um zu vollenden, was er wollte. Freilich waren auch die äußeren Hemmungen gewaltig: ökonomische und gesundheitliche. Aber eine elastische Natur, wie er sie besaß, wußte die Heiterkeit und den Mut immer wieder zu gewinnen, die er für seine unermeßliche Tätigkeit brauchte; wenn auch übermäßige, zumal nächtliche Arbeit ihn immer von neuem seiner Sterblichkeit gedenken machte.

Ganz und gar zu seinem Wesen gehört es, daß er nicht nur Denker und Theoretiker, sondern auch revolutionärer Politiker war und sein wollte. Im Unwillen und Haß gegen den Kapitalismus, in der entschiedenen Parteinahme für die arbeitende Klasse lag die Wurzel seiner Kraft. Seine revolutionäre Gesinnung wird verklärt durch den Glauben an die bessere Zukunft der Menschheit. Marx war ein Mensch von den edelsten Anlagen des Geistes und Gemütes. Von Haus aus leidenschaftlich und ungestüm, war er in reiferen Jahren seiner Stimmung Herr und urteilte zumeist mit überlegenem Bewußtsein. So sehr er alle Folgerungen aus Gefühlen verschmähte, er selber fühlte tief die Leiden der Arbeiter und nahm an allen Verbesserungen ihrer Lage den lebhaftesten Anteil. Dies Gepräge trägt auch sein Werk, dadurch hat er es so tief in die Seele der Arbeiterklasse Deutschlands, ja Europas und der anderen Erdteile hineingegraben.

Marx wird seinen Rang als eines epochemachenden Mannes und Denkers durch die Jahrhunderte behaupten — Unendlich Licht mit seinem Licht verbindet.

Prof. Dr. Ferdinand Tönnies (1921)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das GOUVERNEMENT MILITAIRE DE LA ZONE FRANCAISE D'OCCUPATION de Rastatt gibt folgendes bekannt:
Anläßlich der in Iffezheim organisierten Pferderennen im Jahre 1948, wird der Automobilverkehr auf folgenden Verkehrsachsen und an folgenden Kalendertagen freigegeben:

a) Verkehrsachsen

Freiburg — Iffezheim
Tübingen — Freudenstadt — Appenweier — Iffezheim
Rastatt — Iffezheim
Neustadt/Schw. — Baden-Baden — Iffezheim

b) Kalendertage

16. Mai — 6. Juni — 13. Juni — 4. Juli — 11. Juli — 8. August — 15. August — 12. September — 19. September — 10. Oktober.

Diese Abänderungen bleiben strengstens auf die Reiserouten, wie sie oben bei den Verkehrsachsen festgelegt sind, begrenzt.

Das Kreis-Straßenverkehrsamt Rastatt

Bekanntmachung der Stadt Freiburg

Laut Anordnung der Militärregierung sind die vor dem 1. 1. 1948 ausgestellten grünen Fahrbriefe für Kraftfahrzeuge für die Zeit vom 1. 4. bis 31. 12. 1948 bis spätestens zum 15. 5. 1948 zu verlängern, sofern die Fahrzeughalter Verkehrgenehmigung (Fahrtenbuch) besitzen. Die Verlängerung erfolgt für den Stadtbezirk Freiburg i. Br. bei der Polizeidirektion Freiburg i. Br., Kronenstraße 17 (Zimmer 3) und ist gebührenfrei. Grüner Fahrbrief, Fahrtenbuch, Steuerkarte und Versicherungsnachweis sind vorzulegen. (32-2200)

Krankenbrot-Umtausch

Um das Wartenmüssen möglichst zu vermeiden, wird folgende Regelung getroffen, die genau einzuhalten ist: (32-2204)

Der Umtausch beginnt am 5. 5. 1948, weil erst zu diesem Termin die Brotabschnitte für den ganzen Monat bekannt sind; er erfolgt nach folgendem Plan:

Mittwoch, 5. 5. 48. Anfangsbuchstaben der Namen A, E, H, I, J, U, St.
Freitag, 7. 5. 48. Anfangsbuchstaben der Namen B, N, P, Q, S, W, L
Samstag, 8. 5. 48. Anfangsbuchstaben der Namen D, G, R,
Montag, 10. 5. 48 Anfangsbuchstaben der Namen K, M, Sch, V, X, Y
Dienstag, 11. 5. 48. Anfangsbuchstaben der Namen F, C, O, T, Z

In besonders dringlichen, durch den Arzt bescheinigten, Fällen können solche Patienten, die 100prozentigen Brotumtausch verschrieben bekommen haben, den Umtausch der ersten Dekade schon eher vorgenommen erhalten, sie müssen dann aber für die beiden letzten Dekaden noch einmal kommen und sich genau an folgenden Plan halten:

Donnerstag,	29. 4. 48.	Mittwoch,	12. 5. 48.	A, E, H, I, J, U, V, X
Freitag,	30. 4. 48.	Donnerstag,	13. 5. 48.	C, F, O, T, Z, Sch,
Montag,	3. 5. 48.	Freitag,	14. 5. 48.	B, N, P, Q, S
Dienstag,	4. 5. 48.	Samstag,	15. 5. 48.	D, G, L, R, W, M, St, K

Die Herren Aerzte werden gebeten, von dieser Ausnahmeregelung nur in dringlichen Fällen Gebrauch zu machen.

Während der allgemeinen Umtauschzeit vom 5. bis 11. 5. 1948 ist die Abteilung Krankenernährung für die Ausgabe von Krankenmarken **geschlossen** mit Ausnahme von ganz besonders dringlichen, von den Aerzten bescheinigten, Fällen.

Bei zu starkem Andrang werden Nummern ausgegeben werden.

Freiburg i. Br., den 26. 4. 1948. **Ernährungsamt Freiburg Stadt.**

Wohlschmeckende und nahrhafte Gebäcke bereiten Sie sparsam mit Hilfe der „Zeitgemäßen Rezepte" von Dr. Oetker!

Verlangen Sie das neueste Rezeptblatt kostenlos von Dr. August Oetker, Bielefeld.

In der kundigen Hand des Arztes sind bewährte Arzneimittel ein Segen für die Volksgesundheit. Millionen vertrauen ihnen und ....

Vertrauen ist der erste Schritt zur Gesundung

BAYER

ARZNEIMITTEL

CREME Ellocar

nährt, belebt verjüngt

ELLOCAR GMBH DÜSSELDORF

Auch in hartnäckigen Fällen

Fixfort

gegen Hühneraugen

Jedes Hühnerauge weicht, wenn man Fixfort drüber streicht.

Demnächst beschränkt lieferbar

MOLIERE Sämtliche Werke 3 Bände

ca. 1000 S

Oxfordformat 11 x 17 cm

Ladenpreis . RM 38.50

3 kg Altpapier erwünscht

A. W. A. WOSCHETZKY

Lehrmittel HAMBURG 1 Lilienstr. 11

Stellenangebote

2 Hausgehilfinnen v. Forschungsinstitut im Schwarzwald für leichtere Hausarbeit zu baldig. Eintritt bei guter Bezahlung u. Behandlung gesucht. Ang. oder Vorstellung erbeten an Lorenzenhof, Oberwolfach. Telefon: Wolfach 311. (32-2191)

Suche für sofort oder später perfekte **Verkäuferin** bei Kost und Wohnung. Lohn n. Uebereinkunft. Eug. Frey, Metzgerei, Freiburg i. Br., Runzstraße 48. (A14-361)

Behörde sucht z. sofortigen Eintritt eine größ. Anzahl Schreibmaschinen- und Karteikräfte, (a. Anlernlinge). Gute Bezahlung wird geboten. Betriebsküche vorhanden. Ang. u. Nr. 20-1004 an U. T. Freiburg, Schwabentorstraße 1.

Hirtenjunge, 15-17 J., oder älterer Mann, für Gemeindeweide in Kappel bei Freiburg gesucht. Zuschriften an Näher, Freiburg-Kappel, Herderhütte.

Die Städt. Bühnen Freiburg i. Br. suchen stimmbegabte Altistimmen u. Sopranistinnen (f. Chor) sofort bezw. 1. Sept. 1948. Bew. an die Intentanz, Löwenstraße.

Reinemachefrauen dringend ges. Fernsprechamt Freiburg i. Br., Gartenstraße 21. (32-2198)

Stenotypistin

möglichst branchenkundig, für Prioritätsbetrieb in guter Dauerstellung gesucht. Zuzugsgenehmigung wird erwirkt. Gebrüder Dreher, Lackfabrik, Stockach. (32-2206)

Vertretungen

Als leistungsstark und leistungswillig sind wir als die größte deutsche private

Krankenversicherung

bekannt. Für unsere Mitarbeiter ist es daher leicht, für uns zu arbeiten. Wir unterstützen diese weitestgehend in der Vorwerbung und haben ein großzügiges Altersversorgungswerk geschaffen. Wir suchen für den Kreis Lahr einen hauptberuflichen Vertreter und bitten Zuschriften von charakterlich einwandfreien und politisch unbelasteten Herren zu richten an: Deutsche Krankenversicherungs-A.-G., Geschäftsstelle für Südbaden, Freiburg i. Br., Günterstalstraße 32. (A14-358)

Stellengesuche

Junger Bäckergeselle sucht Stelle im Beruf bei Stellung von Kost und Unterkunft. Zuschr. unter Nr. 20-1001 an U. T. Freiburg, Schwabentorstraße 1.

Mietgesuche

Fabrikationsraum, ca 150-200 qm, von best. Unternehmen der Lederwarenindustrie z. mieten gesucht. Es handelt sich um einen ruhigen Betrieb auf sicherer Grundlage u. entwicklungsfähig. Ang. unt. K 2776 an OBANEX, Anz.- Exp., Freiburg i. Br.

Liegenschaften

Suche in Freiburg und Umgeb., sowie in der französ. Zone zu kaufen oder zu pachten landw. Anwesen, Gärtnereien, Aecker, Wiesen, Wald. Bei Tausch können Tauschobjekte, Wohnhäuser, Geschäftshäuser in Zahlung gegeben werden, auch Leibged., sowie Rentenzahlung auf Lebzeiten kann geleistet werden. Josef Kiefer, Immobilien, Freiburg i. Br., Gerberau 1. (A14-362

Heiraten

Dame, 32 J., mit schön. Haus u. Schmiedebetrieb in Rheinhessen, bietet Einheirat. Näh. u. Ki 7010 Eheinstitut HARMONIE, Filiale Kirn/Nahe, Hedwigsgärten 12.

Bürgermeister, Nähe Heidelberg, 36 J., mit Barvermögen und Grundbesitz, bietet kath. Dame, auch Witwe (o. K.), Herz, Hand und Heim. Näh. unter H 3292 Eheinstitut HARMONIE, Verwalt. Konstanz, Bodanstraße 8.

Menschen, die sich einsam fühlen,

haben durch unseren Briefdienst die Möglichkeit, Gedankenaustausch mit Personen aus allen Kreisen zu erhalten. Wir vermitteln Ihnen Bekanntschaften, auch für eventuelle spätere Heirat. Schreiben Sie uns!

Briefdienst Bristol

20a GÖTTINGEN HAUPTPOSTAMT POSTFACH

Tausch

Stoff für einen Herrenanzug abzugeben, evtl. Tausch. Ang. unt. Nr. 20-992 an U. T. Freiburg/Br., Schwabentorstraße 1.

Läden oder Schaufenster

für längere Zeit oder vorübergehend zu Ausstellungszwecken gesucht. Ang. mit Größe, Lage und Preis erb. unter St. E. 3338 an Ann.-Exp. Carl Gabler, GmbH., Stuttgart-S, Fischerstraße 9. (A7-105)

Tausche neue Armbanduhr oder bereits neuen, hellen Sommermantel. Suche Sonntagshosen, Sportanzug oder Fahrradbereifung. Zuschr. unt. Sü 7 an U.T. Offenburg, Postfach 361.

Verkaufe „Sürack - Kühlschrank", vollautom., 600 l Inhalt, neuw. Suche guterh. Klavier zu tauschen oder zu kaufen. Ang. u. F 2786 an OBANEX, Anz.-Exp., Freiburg i. Br. (360)

Biete Lichtmaschine, 24 V., fabrikneu gegen Angebot (keine Autoteile). Ang. unt. Nr. 30-464 an U. T. Lörrach, Spitalstr. 11.

Verkäufe

Smoking zu verkaufen, Größe 47-48, schlank, zweireihig, modern, neuwert. Freiburg, Fichtestraße 52. (20-998)

Tiermarkt

Foxterrier, rassenrein, nach auswärts zu verkaufen. Ang. unter Nr. 20-1000 an U. T. Freiburg, Schwabentorstraße 1.

Versicherungen

Großproduzenten i. Versicherungsfach finden die ihren Fähigkeiten und Erfolgen entsprechende Provisionierung b. systematischer Arbeit für unsere Privatkrankenversicherung mit ihren anerkannt einfachen und preiswerten Tarifen u. unserer als kulant bekannten Auszahlung im Schadensfalle. Geschäftsgebiet Deutsches Reich. Anfragen an M. Kaut, Freiburg-St. Georgen, Andreas - Hofer - Straße 77.

Briefmarken

Ich suche und zahle für Franz. Zone Wappen Ausg. 10 Pfg. 36; RM 1.— 24; RM 2.— und 5.— 30.— ganze Sätze 92.—; Saar mit Ueberdruck 13 Werte 50.— RM. Marken-Kunze, Frankfurt/M 14, Falltorstraße 12. (A22-13)

Leicht Geld verdienen!

Schneiden Sie aus Ihrer Tagespost die Marken heraus und senden Sie mir diese. Ich zahle Ihnen für 100 Stück 25 Pfg. Marken-Kunze, Frankfurt/M 14, Falltorstraße 12. (A22-13)

Briefmarken!

Alle Ausgaben der franz. Zone, Saar, in kl. u. gr. Posten kauft zu guten Preisen Josef Riß, Briefmarkenhandlg., Oberstdorf/Allgäu, Villa Ida. (A7-106)

Briefmarken-Sammlerring Berlin W 30 (a58), Schließfach 42, nimmt wieder Mitglieder auf. Prospekt und Aufnahmeformular gratis.

Sammler erhalten auf Anfordern alle unsere interessanten, jeweiligen Angebote unverbindlich zugesandt. Unser großes Lager ermöglicht Fehllistenbearbeitung. Bitte schreiben Sie an das

Briefmarkenfachgeschäft Diehl und Jaskulski (16) Wiesbaden, Langgasse 7.

FREIBURGER VERANSTALTUNGEN

Städt. Bühnen Freiburg

Casino:

5. Mai, 20 Uhr: Ballettabend
6. Mai, 20 Uhr: Fidelio

Kammerspiele

6. Mai, 19 Uhr: Ein Don Juan

Friedrichsbau-L'spiele

Bis einschl. Donnerstag, 6. Mai

... heute abend bei mir

mit Jenny Jugo, Paul Hörbiger, Theo Lingen, Fritz Odemar. Jugendfrei!

Ab Freitag, 7. Mai

Tanz mit dem Kaiser

Eine heitere Liebesgeschichte aus Siebenbürgen mit Marikka Rökk, Wolf, A. Retty, Maria Eis, Axel v. Ambesser. Jugendverbot! Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, 14.15 und 16.30 Uhr; Donnerstag und Samstag nur 14.15 Uhr. Vorverkauf: an den Spieltagen 10—12 und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse. (K6-118)

Harmonie-Lichtspiele

Bis Donnerstag, 6. Mai.

Für eine Liebesnacht

Ein Sittenbild nach der gleichnamigen Novelle von Emile Zola. In deutscher Sprache mit Odetta Joyeux. Jugendverbot bis 16 Jahre.

Ab Freitag, 7. Mai:

Ich bitte um Vollmacht

Ein ausgelassenes bayr. Lustspiel mit Josef Eichheim, Sabine Peters, Joe Stöckel, Oskar Sima, Hilde Hildebrand. Jugendfrei. Täglich 14.15, 16.30 18.45 Uhr. Dienstag, Mittwoch, und Freitag auch 21 Uhr. Vorverkauf täglich von 10—12 Uhr.

Union-Theater

Bis Donnerstag, 6. Mai:

Das Mädchen von Fanö

Ein spannender, schicksalserfüllter Film von Kampf und Liebe einer Frau mit Brigitte Horney, Joachim Gottschalk, Paul Wegener. Jugendverbot.

Ab Freitag, 7. Mai:

Spiel in Monte Carlo

Ein Filmdrama von Jaques Feyder in deutscher Sprache mit Francoise Rosay, Paul Bernard, Alerme, Arletty. Jugendverbot bis 16 Jahre. Dienstag bis Donnerstag 14.30, 17, 19.30 Uhr. Freitag bis Sonntag 14.15, 16.30, 18.45 und 21 Uhr. Vorverkauf täglich ab 13 Uhr. (K20-123)

Casino-Lichtspiele

Bis einschl. Donnerstag, 6. Mai:

Die Frau meiner Träume

mit Marikka Rökk, W. Lukschy, Gg. Alexander, Grete Weiser, Walter Müller. Neueste Wochenschau. Jugendfrei ab 16 Jahre.

Ab Freitag, 7. Mai:

„Arme, kleine Inge"

nach dem Roman „Die Sextanerin" von E. Neubauer, mit R. Wanka, Ellen Schwannecke, H. Pitt, Iris Arlan. Neueste Wochenschau. Jugendverbot bis 14 Jahren. Spielzeiten: täglich 14.15 und 16.30 Uhr. Sonntag 10 und 12 Uhr. Montag 14.15, 16.30, 18.45 und 21 Uhr. (112)

Unterricht

Buchhaltungs-Unterrichtsbriefe. Behördlich genehmigt. Buchführung und Bilanz durch Briefwechsel im Einzelunterricht bis zum vollen Lehrerfolg mit Abschlußzeugnis. Preisliste kostenlos. Bertuch, (13b) Bad Tölz, Merzstraße 11. (A18-15)

Buchführung und Bilanz erlernen Sie schnell und sicher durch unseren Fernunterricht mit individueller Einzelberatung bis zum vollen Lehrerfolg. Abschlußzeugnis. Geeignet für Anfänger und Praktiker. Fordern Sie Prospekt B 748 kostenl. durch Firma „Soll & Haben" GmbH., (14a) Göppingen. (A7-102)

Verschiedenes

Die Aeußerungen, die ich gegen Adam Zimmermann und Hans Hansmann gemacht habe, nehme ich als unwahr zurück. (20-996) H. Brender

Auslands-Adressen von Importeuren aus 60 Ländern. Liste kostenlos dch. Merkur - Werbedienst, Einbeck A 74. (A12-13

Übersetzungs-Centrale

für alle europ. Sprachen übern. jed. gew. Auftrag. A. Marek, Freiburg/Br. Erbprinzenstr. 18.

Der neue Adressen-Katalog verhilft auch Ihnen zu vielen neuen Geschäftsverbindungen. Kostenlos durch Werkur-Werbedienst, Einbeck 160. (A12-15

Stottern. Aufklärungsschrift über Dauerbeseitigung n. 42 Jahren bewährter Methode frei. (A4-14 F. Warnecke, (20a) Eilvese bei Hannover.

ZAUBERSPEISE-Rezept für Kuchen. Auf je 500 gr. Mehl 1—2 Beutel GOLDELFE oder GOLDHÄHNCHEN in Milch auflösen und in den Teig geben.

GENTNER & Co., Internationales DETEKTIV-BÜRO. Aelteste Auskunftei Württembergs, gegr. 1870, Stuttgart-W, Rotebühlstraße 64, Tel. 68 938. — Jahrzehnte umfassende Archive, bestausgebaute Organisation, 78-jähr. Tradition. Beobachtungen, Industrieüberwachungen, Prozeßmaterial, Ermittlungen, Heirats-, Spezial-, Vertrauens-Auskünfte aller Art, an allen Plätzen. (A22-1

Alma-Schnitte, das unentbehrliche Zuschneidesystem für die Hausschneiderei. Jeder Schnitt ein Maßschnitt. Sie können damit alle Garderobe und Wäsche für jede Figur, auch für Kinder u. Wäsche für den Herrn herstellen. Das lästige Anprobieren fällt fort. 56 neueste Modelle mit über 500 Einzelschnitten u. 40 Maßen für alle Ober- und Hüftweiten. Einmalige Anschaffung. Preis RM 8.65 u. RM 1.- f. Porto u. Nachnahme Zu beziehen durch Alma-Mode, (14a) Ludwigsburg 95 Postf. 143 (A12-11

Gleitbau Klotz & Co.,

Eisenbetonbau, Hoch- und Tiefbau, seit 1897 in Ludwigshafen a. Rh., Bleichstraße 95/97, Frankfurt a. M., Darmstadt, Würzburg, Marburg/Lahn, Kassel, Hannover, Düsseldorf und 20 anderen Städten bauen in allen Zonen und bieten Dauerstellung für Maurer, Zimmerer, sonst. Baufach- und Hilfsarbeiter, Lehrlinge und Umschüler, ferner für Werksarbeiter im Betonwerk Sandhorst bei Dietzenbach, Hess.

Holzindustrie, Holzkonservierungs-Anlagen, Vacuum- u. Druckimprägnierungs-Anlagen baut Mako-Union, Frankfurt/M, Forsthausstraße 97. (A7-22

Wichtige Mitteilung f. Tierhalter: Kaninchen-Aufzucht ist von immer größer werdender Bedeutg. Bläh- u. Trommelsucht sind gefürchtet. DUMO für Kaninchen sei Ihr steter Helfer. In Apotheken, Drogerien, Futtermittel- u. Fachgeschäften finden Sie auch die weiteren guten DUMO-Erzeugnisse für die Tierhaltung. DUMO-G.m.b.H., Chem. u. pharm. Fabrik, Kirchheim/Teck. (A 22-5)

Wie Fußbodenöl dient Glycol zur staubbindenden Fußbodenpflege. Verlangen Sie es in den einschl. Geschäften. Georg Utz, chem.-techn. Fabrik, Ulm/Don. (A18-15

Geschäftliches

Schmuckwaren, Kleinlederwaren, Geschenkartikel durch Versand direkt an Private. Fordern Sie meine Preisliste unter Beifügung von Rückporto. Joachim Dautz, (14a) Ludwigsburg 62, Postfach Nr. 163. (A12-19)

Kleine Geschenke die Freude bringen, finden Sie bei Emil Hemler, Freiburg i. Br., Scheffelstraße 19, Hofgebäude. (A14-342)

Steppdecken, Matratzen bei Stoffzugabe. Neuanfertigung u. Umarbeitung. Paul Schweikert, Offenburg. Stoffannahmestelle: Hauptstr. 85a (Laden). (K18-2)

Reinhold Röder

Büro- und Lager Sternwaldstr. 32, Telefon 2168, empfiehlt sich beim Verkauf von Alteisen und Metallen. Großes Lager in Nutzmaterial, neu und gebraucht.

Hygienische Gummi-Artikel! Diskreter Versand nur an Private. Anfragen unter Beifügung eines Briefumschlages und 50 Pfg. für Porto und Angebotsliste (keine Briefmarken) erb. unter Nr. 32-2186 an U. T. Offenburg, Postfach 361.

„Schweizerfirma" liefert für Werkküchen und Fabrikkantinen Lebensmittel aller Art zu günstigen Preisen ab Lager Deutschland. Fordern Sie Angebote unter 2791/E 13 durch OBANEX, Anzeigen-Expedition Freiburg i. Br. (359)

Malerwalzen, erstklass. Friedensqualität, nicht geklebt, in Kürze lieferbar. Heinrich Gunst, Neustadt/Haardt, Schließfach 255.

Ankauf Antiquitäten Verkauf Galerie Helvetia, Konstanz Gemälde alter u. neuer Meister Teppiche — Möbel — Porzellane Fayencen - Gläser - Spieluhren Schmuck und andere Kunstgegenstände. Uebernahme ganzer Nachlässe. (A18-49 Galerie Helvetia, Konstanz, Rosgartenstraße 21, Telefon 1174

Druck- u. Völlegefühl im Magen. Abnorme Gasbildung sind die Folgen einseitiger Ernährung. Bei der Behebung solcher Beschwerden leistet Erdkraft Heilerde — innerlich — ausgezeichnete Dienste. In einschl. Geschäften. Hersteller Erich Schumm, (14a) Murrhardt.

Gummistempel für alle Zwecke nur im führenden Spezialgeschäft. Karl Schäfer, Villingen/Schwarzw. (A14-349)

Scholl's Fußpflege-System sucht geeignete Praxisräume. Erwünscht Ladenlokal, ca. 60 qm Scholl - Werke, Frankfurt/Main, London, Chicago. Ang. an Verwaltung Frankfurt am Main, Blittersdorffplatz 45. (A13-1)

„Germosan" gegen Kopfschmerzen und Neuralgien jeder Art, seit Jahrzehnten bekannt und bewährt. Nur in Apotheken erhältlich. Alleiniger Hersteller: Germosan-Gesellschaft Molineus & Co., München 22. (A2-25)

Bruchleidende

tragen das seit über 40 Jahren erprobte

Spranzband

D. R. P. 542 187

Kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem sehr zuverlässig. — Abbildung und Beschreibung versende ich auf Wunsch kostenlos.

Der Erfinder u. alleinige Hersteller

H. Spranz, Unterkochen / Württ. (F64)

Nichtraucher in 1-3 Tagen. Auskunft kostenlos. Laboratorium Hansa, Friedrichshagen M 3 bei Berlin. (32-1774)

OVO

hält die Eier frisch!

... und so einfach: Lösung ansetzen: Eier einlegen, wie sie erübrigt werden. Herausnehmen, wie man sie braucht! Konserviert, appetitlich, einfach, zuverlässig. Van Hees GmbH., Wiesbaden - Biebrich. (A22-134)

Sonntagsdienst der Garagen u. Tankstellen in Freiburg

Garagen 6. Mai 1948 Hunzinger Eugen, Freiburg, Tullastraße 51

Tankstelle 6. Mai 1948 Rauchfuß Albert, Freiburg, Talstraße 10

Sprechstundenänderung:

Dr. med. R. Seydewitz

Augenarzt,

Freiburg, Mathildenstraße 4, gegenüber der Kinderklinik.

Sprechstunden: Montag bis Freitag von 9 bis 11.30 Uhr. Montag, Mittwoch, Freitag von 15 bis 17.30 Uhr.

Sprechstundenänderung: ab 1. Mai 1948

Praxis Dr. Danner, geführt durch

Dr. med. Benno Müller

Bad Krozingen, Neumagenstraße 6, täglich von 8 bis 12 Uhr, nachm. keine Sprechstunde, Tel. 261.

Eier leg' ich viel und gern, doch haltet mir die Milben fern!

gackert Eulalia das schwer geplagte Huhn!

...her mit Wendelinus PULVER

Auch gegen Federlinge, Flöhe, Wanzen, Zecken am Tier und im Stall!

CELA Landw. Chemikalien GmbH. Ingelheim/Rh.

Mehr können — mehr verdienen durch:

Stenografie

Maschinenschreiben - Rechnen usw. Im altbewährt. Fernseminar lernen Sie gründlich und unabhängig von anderen wann, wo und wie schnell Sie wollen. Persönlich geschriebene Arbeitsanweisungen und Korrektur durch staatlich geprüften Lehrer. Kostenfreier Prospekt Nr. 517

STENOS Altenburg / Thür. 84

Der CELA-Pflanzenschutzmann rät: Gärtner merkt Euch diesen Satz: Dicke Köpfe brauchen Platz! Setzt Ihr die Pflänzlein dicht an dicht, lohnt sich Eure Mühe nicht.

Nexit Der tödliche Strauß

CELA

CELA Landw. Chemikalien GmbH. Ingelheim/Rh.

FLAMMER HEILBRONN-A-NECKAR

Anton Ackermann

Wo steht und wohin geht die SPD?

Die SPD hat eine ganz andere Entwicklung genommen, als die alten sozialdemokratischen Arbeiter und viele ihrer einflußreichen Funktionäre es geglaubt und gehofft haben. Nach 1933 waren sie der festen Ueberzeugung, daß ihre Partei einmal geläutert und erneuert aus der großen Prüfung hervorgehen würde, die die Aufrichtung der faschistischen Schreckensherrschaft bedeutet hatte. So oft man in dieser Zeit mit wirklichen, der Sache treu gebliebenen sozialdemokratischen Genossen sprach, so oft kam die feste Ueberzeugung zum Ausdruck, es kann gar nicht anders sein, auch die Führer der SPD müssen aus der Vergangenheit gelernt haben und können nicht noch einmal die Politik wie vor 1933 wiederholen.

Nun sind nahezu drei Jahre seit dem Zusammenbruch des Faschismus vergangen. Charakter und Haltung der Sozialdemokratischen Partei haben sich deutlich sichtbar herausgebildet. Ihr Kurs ist festgelegt; ihre Position im Kampf der Klassen bestimmt. Wo aber steht sie? Wohin geht sie?

Unsere Zeit trägt einen besonderen Charakter.

Es ist die Todeskrise des kapitalistischen Systems, die allen Teilkrisen, all den Schrekken und Leiden unserer Zeit zugrunde liegt. Zugleich sind es die Geburtswehen der neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung, die im Weltmaßstab immer stärker auftreten, nachdem auf einem Sechstel der Erde der Sozialismus den vollkommenen Sieg über den Kapitalismus errungen hat.

In dieser Zeit gibt es auf die Dauer für keine Partei, die eine Arbeiterpartei sein will, die Möglichkeit, eine mittlere, „neutrale" Position einzunehmen. Jede Partei ist zuerst und vor allem danach zu beurteilen, wo sie im Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus wirklich steht.

Kapitalistische oder sozialistische Politik?

Wir verstehen unter der konsequent sozialistischen Haltung einer Partei durchaus nicht, daß damit diese Partei unter allen Umständen und zu jeder Zeit den unmittelbaren Kampf um den Sozialismus führen müsse. Der Kampf um den Sozialismus ist der revolutionäre Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse. Dieser Kampf steht nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen unmittelbar auf der Tagesordnung. Die Sozialdemokratische Partei etwa zur Zeit des Erfurter Parteitags stand nicht im direkten Kampf um die politische Macht der Arbeiterklasse und konnte nicht darin stehen. Ein Versuch dazu hätte sinnlosen Putschismus, aber keinesfalls Marxismus bedeutet. Eine wahrhaft sozialistische Partei ist dadurch gekennzeichnet, daß sie durch alle Etappen, die der Kampf der Proletariats notwendig durchlaufen muß, stets auf dem Boden der prinzipiellen, unversöhnlichen Gegnerschaft zum Kapitalismus bleibt und über alle Teilziele hinaus dem Endziel konsequent zustrebt. Nach der Zerschlagung des faschistischen Machtapparates waren in Deutschland noch nicht die Voraussetzungen des Kampfes zur Aufrichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse gegeben. Die Aufgabe bestand und besteht in einer konsequenten Demokratisierung Deutschlands. Eine sozialistische Partei muß sich in einer solchen Situation durch den entschiedenen Kampf um die Erreichung dieses Etappenzieles auszeichnen. Ihre Politik wird darin bestehen müssen, die Aufgaben der demokratischen Erneuerung so rasch, so tiefgreifend und umfassend als möglich zu lösen.

Was tat und tut die hannoversche Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit 1945?

Ihr Wiederauftreten auf der politischen Bühne begann mit der Losung, der Sozialismus sei die Aufgabe des Tages. War dies seitens der Schumacher eine ernstgemeinte Politik oder war es nur ein Schlagwort? Die Erfahrung seit 1945 beweist, daß es nur ein Schlagwort war und die wirkliche Politik der SPD-Führer ganz andere Wege ging.

Wenn schon 1945 die Verwirklichung des Sozialismus „Aufgabe des Tages" war, dann müßte nach nahezu 1000 inzwischen vergangenen Tagen ein Resultat sichtbar sein. Im schroffen Gegensatz dazu wird überall dort, wo die SPD Einfluß hat und allein oder mit anderen Parteien regiert, der Kapitalismus in seiner krassesten Form neu aufgerichtet. Es ist eine Tatsache, daß in Westdeutschland, der Domäne sozialdemokratischer Politik, die Kräfte des monopolistischen Kapitalismus nicht nur nicht beseitigt sind, sondern neu gestärkt und gefestigt werden. Der Unterschied gegenüber der Zeit nach 1918 besteht lediglich darin, daß die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus diesmal in Westdeutschland unter direkter Vorherrschaft ausländischer monopolkapitalistischer Kräfte vor sich geht.

Das Potsdamer Abkommen bot die Möglichkeit, auch in Westdeutschland den Kampf um die Entmachtung des Monopolkapitals und der Junker mit Erfolg zu führen. Hat sich die SPD auf diesen, seinem Inhalt nach fortschrittlichen Kampf orientiert? Hat sie die Massen beharrlich für diese Ziele mobilisiert? Hat sie ihre Positionen in den Gewerkschaften, in den Parlamenten und Verwaltungen entschlossen dazu ausgenützt? Nichts von alledem ist geschehen.

Wir müssen die meisten der offiziellen Führer der SPD anklagen, den Kampf um die Vernichtung der Macht des Monopolkapitals und der Junker völlig preisgegeben zu haben. Während sie vom „Sozialismus als Tagesaufgabe" hin ud wieder redeten, hatte ihre Politik die Wiederaufrichtung der Macht des Großkapitals zum Ergebnis.

Was bedeutet dies?

Es bedeutet, daß die offiziellen Führer der SPD im Gegensatz zu dem Willen großer Teile ihrer Mitglieder und Funktionäre nicht eine proletarisch-sozialistische, sondern eine bürgerlich-kapitalistische Politik durchführen.

Das Ergebns einer solchen Politik muß der Bankrott sein. Weil wir Marxisten sind, wissen wir, daß der Kapitalismus zum Untergang verurteilt ist. Dieser Untergang kann in England oder den Vereinigten Staaten von Nordamerika und einigen anderen kapitalistischen Ländern noch eine längere Zeit hinausgezögert werden.

Aber Deutschland ist das schwächste Glied in der Kette der kapitalistischen Staaten. Wer in Deutschland seine Karte auf das kapitalistische System setzt, nimmt ein Spiel auf, das von vornherein verloren ist.

Die SPD-Führer, die sich selbst in das Lager des Kapitalismus stellten, marschieren geradewegs in den Sumpf.

Immer offener wird der Bruch mit dem Marxismus. Es ist schon wieder so weit, daß sozialdemokratische Führer von neuem die Theorie des „Arztes am Krankenbett des Kapitalismus" hervorholen. So hat kürzlich der „Telegraf" einen Artikel veröffentlicht, in dem der Kapitalismus skrupelloser verteidigt wird, als es die Kapitalisten selbst tun können. Karl Marx habe sich mit seiner Theorie des Zusammenbruches des Kapitalismus geirrt; der Kapitalismus habe sich im Gegensatz zur marxistischen Theorie als „sehr zählebig" erwiesen. Wie schön paßt eine solche Lobpreisung des Kapitalismus zu dem Schlagwort „Sozialismus ist die Aufgabe des Tages"! Und wie schön paßt sie zu der Wirklichkeit, daß auf einem Sechstel der Erde schon vor 30 Jahren der Kapitalismus abtreten mußte, um dem Sozialismus Platz zu machen, während nach dem zweiten Weltkrieg weitere Länder mit 100 Millionen Menschen dem Machtbereich des Weltkapitals entzogen sind und auf ihre Weise Schritte zum Sozialismus tun. Und schließlich darf dabei auch nicht übersehen werden, daß im Fernen Osten, in China, etwa 180 Millionen Menschen auf einem Gebiet leben, das bereits von der Vorherrschaft der Imperialisten befreit ist.

Die gewaltigen Veränderungen auf der Weltkarte, die sich seit 30 Jahren vollzogen haben, sieht der „Telegraf" nicht. Er sieht nicht die heranziehende neue Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Nein, der „Telegraf" spottet über uns Marxisten, die die Unvermeidlichkeit der neuen Krise behaupten. Wer erinnert sich da nicht an die Zeit von 1924 bis Sommer 1929? Wo schoß in diesen Jahren die Theorie vom „organisierten" Kapitalismus, von der „endgültigen Ueberwindung" der Wirtschaftskrisen ins Kraut? Und als dieses Kraut am schönsten blühte, da zog der Sturm der Weltwirtschaftskrise herauf und die Theorie des organisierten Kapitalismus war zerfetzt. Hat jemand das Recht, daran zu zweifeln, daß die neuen Propheten der „Zählebigkeit" und „Krisenfestigkeit" des Kapitalismus dasselbe Schicksal erleiden werden wie ihre unrühmlichen Vorfahren?

Was aber sagen die Arbeiter und Werktätigen, die nicht zurück wollen zu den Krisen, der Massenarbeitslosigkeit und dem Elend des Kapitalismus? Können und wollen sie auf diesem verderblichen Wege folgen? Was wird am Ende dieses Weges wieder stehen?

Noch liegen unsere Städte in Trümmern, und schon wieder hallt lautes Kriegsgeschrei um den Erdball. Das Kriegsfeuer ist noch gar nicht zum Erlöschen gekommen. Es brennt weiter in Griechenland, China, Indonesien . . .

Das amerikanische Monopolkapital hat die Rolle übernommen, die nach dem ersten Weltkrieg das deutsche Monopolkapital spielte, nämlich der Haupteinpeitscher der Neuverteilung der Welt, der Brandstifter eines neuen Weltkrieges zu sein.

Krieg oder Frieden?

Gerade in diesen Tagen fragen die Menschen überall, wo man sie trifft: wird es Krieg geben? Ich möchte nicht behaupten, daß der Frieden gesichert sei. Ueber den großen Teich her wird aus vollen Backen in die weiterbrennenden Feuer geblasen, um sie zu einem neuen, allgemeinen Weltbrand zu entfachen. Heißt dies, daß der 3. Weltkrieg unvermeidlich, und zwar in kurzer Zeit ausbrechen muß? Wer sich auf einen solchen Standpunkt stellt, würde den Kriegshetzern Hilfe leisten. Jene, die den Krieg wollen, behaupten, seine Unausbleiblichkeit und streuen systematisch die entsprechenden Gerüchte aus. Die Gefahr eines neuen Krieges ist groß, aber er kann und muß verhindert werden. Er kann verhindert werden, weil die Kräfte des Friedens im Weltmaßstab stärker sind als die Kräfte des Krieges. Eine solche Behauptung aufzustellen, dazu haben wir Marxisten uns noch nie erkühnt. Heute sagen wir es, weil es den Tatsachen entspricht.

Die sozialistische Weltmacht, die UdSSR, und die Länder der neuen Demokratie im Bunde mit den friedliebenden und demokratischen Kräften der ganzen Welt sind stärker als die imperialistischen Kriegstreiber und ihre Helfershelfer. Die Kräfte der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus in allen Ecken der Welt müssen mobilisiert werden und den aktiven Kampf gegen die Kriegsgefahr aufnehmen — dann ist der Frieden gerettet.

Wo willst du stehen?

Keine Partei, keine Richtung und kein politisch denkender Mensch kann sich dieser Entscheidung entziehen. Wo willst du stehen? Im Lager des Antiimperialismus, der Demokratie, des Fortschrittes und des Friedens oder im Lager des Imperialismus, der Völkerverhetzung und des Krieges? Darauf ist Antwort zu geben. Zwischen beiden Lagern kann keine Partei und kein einzelner stehen, weil dazwischen nichts ist als eine gähnende, weltenweite Kluft.

Und wo steht die SPD? Hitler hat den Krieg unter dem Stichwort des Antibolschewismus vorbereitet. Er kam zur Macht mit dem Schlagwort, Deutschland vor dem Bolschewismus zu retten. Er zerriß die Entmilitarisierungsparagraphen des Versailler Vertrages hinter dem Nebelschleier des Antibolschewismus. Hinter diesem Nebelschleier wurde die gewaltige Kriegsmaschinerie aufgebaut, die Kriegsbündnisse geschlossen und der Aufmarsch der Angriffsarmee durchgeführt —, bis es sich herausstellte, daß sich die Aggression gegen alle Völker richtete und fast die ganze Welt in Brand steckte.

Wie soll der dritte Weltkrieg vorbereitet werden? Nur eine kleine, unbedeutende sprachliche Verschiebung ist eingetreten. An Stelle des Antibolschewismus ist der Antikommunismus getreten. Einige Führer der SPD sind die wildesten Schreier im Lager des Antikommunismus. Das ist eine Tatsache. In der Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der neuen Demokratie, gegen die Ostzone ist Schumacher noch wilder als Adenauer.

Antikommunismus ist Kriegshetze. Hat das die Vergangenheit nicht eindringlich genug gelehrt? Bedeutete die antibolschewistische Propaganda von 1918 bis 1933 etwa keine Vorarbeit für Faschismus und Krieg?

Die SPD-Führer vom Schlage der Schumacher-Neumann haben kein positives politisches Programm, mit dem sie vor den Volksmassen auftreten könnten. Sie stehen im Bunde mit jenen ausländischen Kräften, die Deutschland zerspalten. Tut nichts. Mit der Hetze gegen den Osten wird die brennende Blöße bedeckt. Im Westen Deutschlands gibt es keine demokratische Bodenreform, keine Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, keine demokratische Verwaltungs-, Justiz- und Schulreform. Tut nichts. Mit dem Antikommunismus soll auch das vertuscht werden. Die werktätige Bevölkerung Westdeutschlands leidet größte Not. Tut nichts. Auch das soll der Antikommunismus vergessen machen.

Wir wissen, daß diese Politik dem Willen der Mehrheit der Mitglieder nicht entspricht, wenigstens nicht bei dem Teil der Mitglieder, die sich noch Sozialdemokraten nennen können. Aber eine passive Duldung ist gleichbedeutend mit einer offenen Unterstützung des verderblichen Kurses. Sie ist nicht länger mehr möglich, wenn noch rechtzeitig Einhalt geboten werden soll. Die SPD-Führer haben eindeutig Position bezogen. Auch ihr müßt euch entscheiden — wie es viele namhafte Funktionäre in der SPD bereits getan haben, die einen harten Kampf gegen den Einfluß und die Politik Schumachers führen.

Oppositionelle Sozialdemokraten an den Parteivorstand

Der Hamburger Ausschuß oppositioneller Sozialdemokraten wandte sich unlängst in einem Offenen Brief an den Parteivorstand der SPD Hamburgs. Angesichts der großen Verantwortung, die gerade in diesen Tagen und Wochen, in denen der Kampf um die Einheit Deutschlands seinem Höhepunkt zustrebt, auf den Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratie ruht, veröffentlichen wir diesen Brief auszugsweise.

„Nach dem Abschluß einer gewissen politischen Entwicklung, so wie sie hier im Westen durch die voreilige Zustimmung einzelner deutscher Persönlichkeiten zu den Frankfurter Beschlüssen erfolgte, ist es an der Zeit, die Lage der Arbeiterklasse zu überprüfen und erneut Stellung dazu zu nehmen.

Nach dem Zusammenbruch 1945 stand die Arbeiterklasse wieder vor derselben Aufgabe. Wir alle waren der Auffassung — bereichert durch die Erfahrungen der politischen Entwicklung der Jahre 1918 bis 1933 —, daß diesmal jene Fehler nicht wieder in Erscheinung treten würden. Der bei der Arbeiterklasse vorherrschende Wille, nämlich endlich zur Einheit zu kommen, wurde aber bald durch das mehr und mehr bestimmende, selbstherrliche und einseitig nach westlicher Richtung gebundene Auftreten Dr. Schumachers zerstört. Wieder begann, politisch gesehen, bei der Führung der SPD der alte Kreislauf. Eine erneute Koalitions- und Tolerierungspolitik mit den Vertretern des Kapitalismus — nämlich der CDU — mußte naturgemäß bei einer so unkonsequenten Politik der SPD zu einem Wiedererstarken der Reaktion führen.

Die Plattform des politischen Kampfes der Arbeiterklasse ist und bleibt aber die revolutionäre Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Diesen Boden haben Sie verlassen, und damit das Ziel, den Sozialismus. Das kann niemals der Wille aufrechter Sozialisten sein, und nicht Sie haben das Recht, Ausschlüsse solcher überzeugter Sozialisten vorzunehmen, sondern das natürlichste wäre, alle diejenigen auszuschließen, die den Sozialismus verraten haben. Das Verhalten der SPD bei der Besetzung der fünf Direktorenposten im Frankfurter Wirtschaftsrat war ein beschämendes Zeichen.

Die Stellungnahme der SPD zu der Einheit Deutschlands, zu den Frankfurter Beschlüssen, zum Marshall-Plan usw., sie sind nicht der Ausdruck, sie sind nicht der Wille der Mehrheit der Parteimitglieder bzw. -wähler.

Die Führung der SPD muß zugestehen, daß ihr Einfluß sowohl auf politischem, wie auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet hier in den Westzonen gleich Null ist. Selbst die Lösung bestimmter Gegenwartsfragen zugunsten der Arbeiterklasse, die beileibe noch kein Sozialismus wären, aber wenigstens Meilensteine auf dem Wege dahin, wie die Schaffung der Einheit der Arbeiterklasse, die Enteignung des Großgrundbesitzes, die Zerschlagung des Monopolkapitals, die Demokratisierung der Verwaltung, läßt bis heute auf sich warten, ganz zu schweigen von der Schaffung der Voraussetzungen für eine fortschrittliche und reale Demokratie.

Der Parteivorstand der SPD kann, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu einzelnen Geschehnissen in der Ostzone kritisch Stellung nehmen; leugnen kann er nicht, daß dort die Voraussetzungen für eine reale Demokratie geschaffen worden sind. In der Ostzone ist die Macht des Großgrundbesitzes, die des Monopolkapitalismus gebrochen. Dort ist die Verwaltung von den reaktionären, faschistischen und militaristischen Elementen gesäubert usw. usw. Die Arbeiterklasse hier im Westen würde sich glücklich schätzen, wenn man auch hier gleiches erreicht hätte. Es ist daher nicht verwunderlich, daß durch Dr. Schumachers teilweise arbeiterfeindliche Politik ein nicht geringer Prozentsatz der Mitglieder und Wähler Ihrer Partei entweder in Opposition oder resigniert abseits stehen. Diejenigen aber, die in voller Erkenntnis Ihrer falschen Politik rechtzeitig warnten, die Fürsprecher der Einheit der Arbeiterklasse und der Einheit Deutschlands waren, die ernste Bedenken gegen den Marshall-Plan hatten, haben Sie aus Ihrer Partei ausgeschlossen.

Als überzeugte Sozialisten sind wir aber letzten Endes nur der gesamten Arbeiterklasse gegenüber verpflichtet, getreu der großen sozialistischen Idee.

Sagt selbst, Genossen der SPD!

Hättet ihr es euch im Mai 1945 träumen lassen, daß die geschlagenen Inspiratoren des Hitlerkrieges, die deutschen Monopolkapitalisten, drei Jahre später wieder fast alle entscheidenden Positionen der Wirtschaft und Verwaltung in Bizonien entweder in eigener Person oder mit ihren Vertrauensleuten besetzt haben würden? Hättet ihr euch damals träumen lassen, daß der Betriebsrat der Hüttenwerke Oberhausen AG im April 1948 genötigt sein würde, vor der demokratischen deutschen Oeffentlichkeit einstimmig feierlichst Protest zu erheben?

In dem Protest heißt es u. a.

„Die Ernennung des Bergassessors Dr. Reusch zum Mitglied der Kommission für die Ueberwachung und Steuerung der Stahlproduktion hat in unserer Belegschaft Befremden und Empörung hervorgerufen. Wir betrachten sie als eine Kampfansage der ehemaligen Machthaber der Schwerindustrie gegen die neue demokratische Wirtschaftspolitik.

Wir kennen Herrn Dr. Reusch. Er ist Vorsitzender des Vorstandes der Gutehoffnungshütte. Unser Werk war das Kernunternehmen dieses Konzerns, die betrieblichen Anlagen sind heute noch dessen formelles Eigentum und von der neuen Gesellschaft lediglich gepachtet. Wir fragen uns: Wann wird Herr Dr. Reusch wieder Herr in unserem Hause sein?

Es besteht kein Zweifel darüber, was die Arbeiterschaft von diesem erklärten Feind der Gewerkschaften zu erwarten hätte, falls er seine alte Konzernposition zurückgewinnen würde. Nun hat er sich in eine wesentlich stärkere Stellung hineinmanövriert, denn die neugegründete Kommission stellt nichts Geringeres dar als die bizonale Spitzenbehörde der gesamten eisenschaffenden Industrie . . .

Mit Dr. Reusch rückt die reaktionäre Clique der Ruhrwirtschaft in die vorderste Linie, die Erben der Kirdorf-Thyssen-Vögler übernehmen wieder die Führung. Das ist der politische Tatbestand.

Wir sind nicht gewillt, diese Entwicklung hinzunehmen. Wir protestieren gegen die Ernennung von Dr. Reusch. Wir rufen unsere Kollegen in allen Betrieben an der Ruhr zu einer gemeinsamen Aktion. Dies ist die Stunde der Gewerkschaften!

Das Schicksal der gesamten westeuropäischen Arbeiterbewegung hängt davon ab, ob die Ruhrgewaltigen von gestern, im Bunde mit dem amerikanischen Industriekapital, die Macht wiedererringen oder nicht."

Das ist das Ergebnis von drei Jahren Schumacher-Politik. Drei Jahre Bankrottpolitik Schumachers zwingen mit aller Eindringlichkeit die einzig richtige Schlußfolgerung auf: Gegen Monopolkapitalisten helfen nur vereinte Sozialisten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Was gibt es auf Karten?

1. Brot: vom 1. bis 10. Mai: Kinder von 0—3 Jahren, Sgl. und K. 1, Abschnitt 1, 201, 301, 601 je 500 g, Abschnitt 2, 202, 302, 602 je 250 g; Kinder von 3—6 J.: K. 2, Abschnitt 1, 201, 301, 601 je 1000 g, Abschnitt 2, 202, 302, 602 je 1000 g; Kleinabschnitte 500 g. Schwerarbeiter: Gr. A Abschnitt 51 500 g, Gr. I Abschnitt 151 250 g, Gr. II Abschnitt 251 750 g, Gr. III Abschnitt 351 1000 g, Abschnitt 352 250 g, Gr. IV Abschnitt 451 1000 g, Abschnitt 452 500 g. Mütterkarten: Abschnitt 903 500 g. Brotkarte für Vollselbstversorger: Abschnitt 801, 802, 803 je 1000 gr, Kleinabschnitte 500 g.

2. Fleisch: vom 1. bis 10. Mai: Kinder von 0—6 J.: Sg. 1, K. 1. K. 2, Abschnitt 12, 112, 212, 512 je 50 g. Von 6 Jahren an: J. 1, J. 2, E.: Abschnitt 12, 112, 212, 512 je 50 g; Abschnitt 13, 113, 213, 513 je 50 g. Schwerarbeiter: Gr. I Abschnitt 155 50 g, Gr. II Abschnitt 255, 256 je 100 g, Gr. III Abschnitt 355, 356, 357 je 100 g, Gr. IV Abschnitt 455, 456, 457, je 200 g, 458 250 g. — Mütterkarten: Abschnitt 906 100 g.

Der 1. Mai in Freiburg

Freiburg. Am Vorabend des 1. Mai hatte mancher Bedenken, ob das Wetter für den Mai-Festzug auch halten werde, und siehe, die Befürchtungen waren umsonst gewesen, denn sogar die Sonne wagte sich noch hervor, als der Zug der werktätigen Freiburger über die Hauptstraße nach der Halle in der Urachstraße marschierte.

Mit den alten Fahnen der Gewerkschaft und Transparenten mit den Forderungen der Arbeiter: „Volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und der Gewerkschaften", „Für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse", „Für das Mitbestimmungsrecht der Jugend", „Für die unteilbare, demokratische, deutsche Republik", „Höher das Banner des Sozialismus", begleitet von Musikkapellen, zog der lange Zug der Werktätigen in die geschmückte Halle, die von den Massen der Arbeiterschaft voll belegt wurde.

Mit der Ouvertüre zu Wagners Rienzi, gespielt vom Städt. Orchester, unter Stabführung von Generalmusikdirektor Schleuning, wurde die Maifeier der Gewerkschaften eröffnet. Nach einem Lied des Volkschors sprach der Referent des Tages, Koll. Christ. Schneider von der Eisenbahnergewerkschaft Karlsruhe über die Bedeutung des 1. Mai.

Er betonte u. a., daß die Ideale des 1. Mai verstärkt, viel mehr neue Impulse erhalten müßten. Der 1. Mai sei der große Tag der Arbeiterschaft und die Hauptforderungen: Freiheit, Völkerversöhnung, Völkerverständigung und Völkerfrieden, die bei dem vor fast 60 Jahren gefaßten Beschluß, den 1. Mai zum Feiertag der Arbeiter zu machen, bereits gestellt wurden, hätten noch heute Gültigkeit.

Im Laufe der Zeit kamen weitere Forderungen der Arbeiter, wie das Recht auf Arbeit, Arbeitsschutz, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Redefreiheit und Koalitionsrecht hinzu, und das waren und sind auch heute noch die Ideale des 1. Mai, der demokratisch geoffenbarte Wille aller friedliebenden Menschen.

Wenn es nie wieder Krieg gäbe, dann hätten unsere Ideale ihren Triumph, und deshalb fordern wir: Nie wieder Krieg, gleiches Recht und Menschenwürde für alle, Gleichheit Aller, gleich welcher Rasse, Religion oder Nationalität sie angehören.

Wir haben die Stunde der Befreiung durch die Alliierten begrüßt, heute aber appellieren wir an ihren Gerechtigkeitssinn mit der Parole: „Gebt uns den Frieden."

Wir befinden uns heute an einem Kreuzweg, die schmalen Fettrationen haben unsere Hoffnung in stumpfe Gleichgültigkeit und Verzweiflung umgewandelt, und doch war niemals mehr Hoffnung vorhanden, denn es ist den deutschen Gewerkschaften nach vielen Bemühungen gelungen, wieder Anschluß an die Weltgewerkschaftsfamilie zu bekommen, und damit ist der Weg, der in die Höhe führt, aufgezeichnet und die Isolierung aufgehoben. Die Gewerkschaftsbewegung ist unser Kampfinstrument, weil wir wissen, daß die herrschende Klasse ihre angeblichen Rechte auf Leben und Tod verteidigen wird. Auch heute hat sie Sorgen um ihre Herrschaftsinteressen. Zu unserer aller Freude hat sich aber die Arbeitnehmerschaft zusammengefunden in einem Bund und damit zu einer unabhängigen Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen, um ihre gemeinsamen Nöte und Sorgen an das klärende Licht zu bringen.

Den Frauen gebühre heute an erster Stelle Dank, denn sie haben es bisher geschafft, daß die Männer immer noch arbeiten können, und „mehr Brot, genügend Lebensmittel, Kleidung und Wohnung" sind heute die ersten und vordringlichsten Bemühungen der Gewerkschaft. Die unabdingbare Forderung der Gewerkschaft ist die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie — und nicht die Sirenenklänge des Weltkapitalismus, daß nur die freie Konkurrenz uns befreie. Die freie Konkurrenz war es, die uns zum Steigbügelhalter Hitlers machte. Die Profitwirtschaft einzelner muß in eine Plan- und Bedarfsstimmung umgewandelt werden.

Wir fordern das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, in dem bewußt die Betriebsräte Mitverantwortung tragen. Die dazu geeignete Wirtschaft, besonders die Schlüsselindustrien, müssen in eine neue Rechtsform umgeleitet werden, deren Träger die Allgemeinheit sein muß. So sehr wir Rohstoffe zum Ex- und Import brauchen, so darf die einzige Ware, nämlich die Produktionskraft, nicht nur als eine Ware wie Rohstoffe betrachtet werden. Wir brauchen gute Sachkenner, die sich in der verwickelten Wirtschaftsbürokratie zurechtfinden, und das hohe Ziel der Wirtschaftsdemokratie verpflichtet alle, die guten Willens sind und die Tragweite der Wirtsehaftsdemokratie überblicken können, zur Mitarbeit. Alle Erfindungen dürfen nie mehr zum Schaden der Menschen, sondern nur zu deren Wohle verwendet werden. Wir sind eine Einheitsgewerkschaft, fußen auf strengster parteipolitischer und religiöser Neutralität, und in dieser Einheit liegt unsere Stärke. Vor allem auch die Jugend, deren Zukunft vorläufig nicht sonderlich gut ist, muß mitarbeiten und wissen, daß sie eines Tages die Gewerkschaften übernehmen muß.

Da die politische Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie wieder zerbricht, fordern wir Voraussetzungen zur Durchführung der Wirtschaftsdemokratie und damit sind alle unsere Forderungen verbunden.

Mit einem Lied des Volkschors und der Eroica von Beethoven klang die Feier aus.

a. r.

Postsparbücher anmelden

Freiburg. Wie die Oberpostdirektion mitteilt, werden alle Postsparer, die seit dem 8. 5. 1945 in der französischen Zone wohnen, letztmals aufgefordert, bis spätestens 31. Mai ihre Sparbücher persönlich am Postschalter vorzulegen oder verloren gegangene Sparbücher anzuzeigen. Ueber die für Kriegsgefangene, Evakuierte und Flüchtlinge bestehenden Erleichterungen geben die Postämter Auskunft. Mit einer Verlängerung der Anmeldefrist ist nicht mehr zu rechnen. Nach dem genannten Zeitpunkt kann die deutsche Post die Ansprüche der Sparer gegen die frühere deutsche Reichspost ablehnen.

Aus dem Freiburger Stadtrat

Um Kaufhaussaal und Wiederaufbaubüro

Freiburg. In der Stadtratssitzung gab zum Tagesordnungspunkt Ernährung Bürgermeister Geiler die üblichen Erläuterungen über die zur Ausgabe gelangenden Lebensmittel. Die Anfrage des Stadtrats Keller (KP), weshalb das zuletzt zur Ausgabe gelangte Gemüse (Spinat) in schlechtem und verdorbenem Zustand war, beantwortete Dr. Reiner von Ernährungsamt damit, daß es auch daran liege, weil die Verteiler dem Gemüse nicht mehr die notwendige Behandlung angedeihen lassen, wie dies früher der Fall war. Er sieht den Grund darin, daß die Verteiler nicht mehr den Verlust selbst zu tragen hätten. Zu der Feststellung des Stadtrats Keller (KP), daß es Geschäfte gibt, die Einmachgläser verkaufen und von den Käufern verlangen, daß sie die ihnen auf Bezugsmarken zugeteilten Gläser auch dann abnehmen und voll bezahlen müssen, wenn diese beschädigt und deshalb nicht mehr zum Einmachen zu verwenden sind, vertrat der Stadtrat einmütig die Auffassung, daß dieses unberechtigte Verlangen zurückgewiesen werden müsse.

Zur Brennholzversorgung der Bevölkerung gab Bürgermeister Geiler bekannt, daß, wenn es gelingt, eine 2. städtische Holzfäller-Kolonne zusammenzustellen, der Pflichtster für die Selbstaufbereiter in Wegfall kommen kann.

Bei der Debatte über die Vermietung des Kaufhaussaales vertrat die Mehrheit des Stadtrates die Auffassung, daß der Saal nur für repräsentative Veranstaltungen verwendet werden soll. Hiergegen wandte sich Stadtrat Müller (KP). Man einigte sich dahingehend, daß, solange in Freiburg für politische Veranstaltungen nur ein Saal zur Verfügung stehe, für die Jugend-, Gewerkschafts- und Parteiorganisationen der Kaufhaussaal zur Verfügung stehen wird. Stadtrat Rohrer (CDU) verlangte die Umorganisation der Verteilerkommission beim Wirtschaftsamt. Seiner Auffassung nach gibt die jetzige Form und Zusammensetzung der Verteilerkommission nicht die genügende Gewähr, die Sonderinteressen der CDU wahren zu können.

Zu dem Tagesordnungspunkt „Betriebsvereinbarungen zwischen der Stadtverwaltung und dem Gesamtbetriebsrat der städtischen Werke" kündete die CDU-Fraktion sofort Abänderungsanträge an, mit dem Bemerken, es handle sich nur um Schönheitsfehler, um eine klare Ausdrucksweise . . . (trau, schau wem!) Nachdem die CDU-Fraktion nicht gleich mit der Farbe herausrückte, wurde beschlossen, die Angelegenheit nach nochmaliger interner Beratung bis zur nächsten Stadtratssitzung zu vertagen.

Die Ziegelsplitt-Debatte fand ihre Fortsetzung durch eine heftige Kritik der Stadträte Schieler (SP) und Müller (KP) am Wiederaufbaubüro. Beide Redner kritisierten scharf die mangelhafte Organisation des Wiederaufbaubüros bezüglich der Verteilung der Arbeitskräfte und des Materials für die Wohnungsinstandsetzungsarbeiten und bei der Erstellung der Holzhäuser. Ständig werden noch Backsteine nach auswärts abgegeben, während für die Wohnungsinstandsetzungen und die Errichtung der Holzhäuser die notwendigen Mengen nicht, oder nur mangelhaft, bereitgestellt werden. Die Ausführungen des Vertreters des Wiederaufbaubüros, Herrn Lutze, waren nicht dazu angetan, den Stadtrat davon zu überzeugen, daß die Kritik unberechtigt war. Selbst Bürgermeister Geiler brachte zum Ausdruck, daß es nun an der Zeit sei, vom Plänemachen zur Tat zu schreiten.

Interessant war die Feststellung des Stadtrats Schieler, daß, obwohl bei der Debatte über die Errichtung der Behelfsläden behauptet wurde, Bauarbeiter und Material würden dadurch dem Wohnungsbau nicht entzogen, an der Baustelle Dreisamstr. nur Bauarbeiter, aber keine Geschäftsleute oder deren Angestellte anzutreffen sind. Die Stadträte, die damals unter den obengenannten Voraussetzungen der Errichtung der Behelfsläden zustimmten, machten bei der Bekanntgabe dieser Tatsache sehr betretene Gesichter, schwangen sich aber doch zu der Forderung auf, daß dieser Zustand geändert werden müsse. Ob es ernst gemeint war, bezweifeln wir. Fr.

Mitteilungen der KP Freiburg

Die Sprechzeiten des Sekretariats, Schwarzwaldstr. 2, müssen in der 1. Maiwoche, wie folgt, verlegt werden:

Mittwoch und Samstag, 15—17 Uhr.

Genossen des Stadtvorstandes!

Die nächste Stadtvorstandssitzung findet am Montag, 10. Mai, 20 Uhr, in Vaubanstr. 12, statt. Besondere Einladungen ergehen nicht!

Das ist die Meinung der Werktätigen

Eine Betriebsversammlung bei Mez AG. in Freiburg

Freiburg. Am 29. April fand im Betrieb der Firma Mez AG. eine vollbesuchte Betriebsversammlung statt.

Nachdem der Betriebsratsvorsitzende Kollege Stöhr zur Bedeutung des 1. Mai als Kampftag der Werktätigen Stellung nahm, wies er insbesondere auf die unmöglichen Verhältnisse in Bezug von Preisen und Löhnen, die Bedeutung des uneingeschränkten Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte und Gewerkschaften hin.

Nach erfolgter Aussprache fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die heutige Belegschaftsversammlung nahm nach dem Tätigkeitsbericht des Betriebsratsvorsitzenden ebenfalls Stellung zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz. Sie erinnert an die mächtige und entschlossene Protestkundgebung der Freiburger Gewerkschaften am 15. 1. 1948 in der Urachstraße, in der alle Redner sich für das volle Mitbestimmungsrecht eingesetzt haben. In dieser von tausenden Arbeitern besuchten Protestkundgebung kam der Wille aller Schaffenden zum Ausdruck, alle zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Kampfmittel einzusetzen zur Verwirklichung des im Par. 18 des Gewerkschaftsentwurfes festgelegten Mitbestimmungsrechtes.

Die Belegschaftsversammlung mißbilligt die vom Vorstand des Bad. Gewerkschaftsbundes eingenommene nachgiebige Haltung bei den Verhandlungen mit den Fachvereinigungen, und verlangt die Beibehaltung der Forderung des vollen Mitbestimmungsrechtes."

Neues vom Mundenhof

Freiburg. In der am 28. April stattgefundenen Betriebsversammlung auf dem Mundenhof zeigte Kollege Hermann den Kampf der Gewerkschaften um das Mitbestimmungsrecht und um die Bodenreform auf. Er stellte fest, daß die nun genehmigte Lohnerhöhung nichts bedeute, wenn nicht gleichzeitig die Produktion gesteigert und das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb durch Mitbestimmung in der Produktion, Verteilung, Wirtschaftsführung und Planung gewährleistet ist.

Kollege Ebner referierte über die Betriebsvereinbarung der Gewerkschaft mit der Stadtverwaltung, die nun hoffentlich bald genehmigt wird.

In der Diskussion wurde schärfstens darauf hingewiesen, daß auch fernerhin der Kampf der Arbeiter mit allem Nachdruck auf das volle Mitbestimmungsrecht in den Betrieben — und nicht auf „höhere Ebenen" zu richten ist.

Ferner wurde auf verschiedene Mißstände hingewiesen, die mit aller Deutlichkeit zeigen, wie notwendig es ist, daß von dem vollen Mitbestimmungsrecht nicht abgewichen werden darf. Die Belegschaft forderte, daß der Betriebsrat seine ihm durch Kontrollratsgesetz zugesprochenen Rechte, die bis heute durch die jetzige Betriebsführung nicht anerkannt wurden, nun mit aller Konsequenz in den Vordergrund stellt.

Bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft der Forst-, Garten- und Landwirtschaft oder Gewerkschaft der öffentlichen Betriebe bekundeten die Arbeiter einstimmig ihre Zugehörigkeit zur letzteren.

In dieser Angelegenheit, bezw. im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen in Nr. 25 und 28 UNSER TAG können wir ergänzend mitteilen, daß die Kommunistische Partei Freiburg dem Gesamtbetriebsrat der Städt. Betriebe den Vorschlag unterbreitete, aus der Mitte des Gesamtbetriebsrates unmittelbar eine Kommission zu bestellen, die durch je einen Vertreter der politischen Parteien und der Gewerkschaft zu erweitern ist, zur Ueberprüfung der Vorkommnisse am Mundenhof.

Volkshochschule Freiburg

Im Rahmen des Kurses: Freiburger Konzert- und Theaterspiegel gibt Dr. Franz Hirtler am Mittwoch, 5. Mai, 20.15 Uhr, im Hörsaal 7 eine Einführung in die beiden demnächst hier zur Aufführung gelangenden zeitgenössischen Werke: „Die Nachtschwalbe" von Boris Blacher, sowie die Sinfonie „Mathis der Maler" von Paul Hindemith.

SPORT-ECHO

Fußball

Pokalvorschlußrunde:

Offenburg SV. — ASV. Villingen 1:0.

Zonenliga Süd:

Biberach — Fortuna Freiburg 3:1 (!); Schwenningen — Laupheim 5:0.

Süddeutsche Oberliga:

Kickers Stuttgart — Viktoria Aschaffenburg 6:0; Bayern München — Rotweiß Frankfurt 1:0; 1. FC. Nürnberg — VfR. Mannheim 4:1; VfL. Neckarau — Schweinfurt 05 0:1; Eintracht Frankfurt — VfB. Stuttgart 3:2; Sportfr. Stuttgart — SpVgg. Fürth 1:4; Ulm 1846 — München 1860 3:2; Kickers Offenbach — VfB. Mühlburg 5:2; Wacker München — SV. Waldhof 2:3.

Norddeutsche Oberliga:

Hamburger SV. — St. Pauli 2:1 (Meisterschafts-Entscheidungsspiel); Osnabrück — Werder Bremen 1:3; Viktoria Hamburg — Braunschweig 0:3.

Westdeutsche Oberliga:

Preußen Dellbrück — Vohwinkel 1:1 n. Verl. (Entscheidungsspiel um den Abstieg).

Zonenliga Nord:

Neuendorf — Mainz 05 1:0; SV. Saarbrükken — FC. Kaiserslautern 0:7; Trier — FK. Pirmasens 1:0; Wormatia Worms — FC. Saarbrücken 4:0; Neunkirchen — Völklingen 7:0.

Südbadische Landesliga:

Sportfr. Lahr — SV. Ottenau 3:2; SC. Baden-Baden — VfR. Stockach 4:1; VfR. Engen — SV. Emmendingen 1:1; SC. Donaueschingen — SpVgg. Rheinfelden 0:1.

Städtespiel Stuttgart — Mannheim

Am 9. Mai wird die Traditionself der Stuttgarter Fußballer in Mannheim gegen eine Auswahlmannschaft spielen. Das Rückspiel ist 14 Tage später in Stuttgart angesetzt. Weitere Treffen der Stuttgarter sind mit Frankfurt, Nürnberg und München geplant.

Handball

Handball Zonenliga:

SV. Offenburg — SV. Brombach 11:3; SV. Hofweier — SV. Teningen 3:5.

Emmendingen (Frauen) — Eintracht Frankfurt (Frauen) 2:11 (1:5)

Emmendingen — Eintracht Frankfurt 4:12

Emmendingen erlebte heute ein Handballwerbespiel, wie man es sich nicht besser wünschen konnte. Es war von vornherein klar, daß die Emmendinger Mädels bei dem Süddeutschen Frauenmeister wohl kaum zum Erfolg kommen konnten. Sie haben sich aber nach Kräften wacker geschlagen und vor allen Dingen viel gelernt. Trotzdem war das Spiel keineswegs eine einseitige Angelegenheit. Auf beiden Seiten wurden Chancen herausgearbeitet, bei denen allerdings die Frankfurterinnen durch ihre überlegene Spieltechnik mehr zählbare Erfolge erzielten.

Bei den Männern imponierte insbesondere der zähere Spielcharakter. Frankfurts souveräner Spielaufbau versuchte Emmendingen durch erhöhten Eifer wettzumachen, wobei jedoch Uebereifer oftmals zum Schaden führte. Mit Beifall aufgenommen wurden besondere Einzelleistungen der beiden Torhüter. Zusammenfassend sei bemerkt, daß der Zweck des Werbe- und Lehrspiels, wie er in den Begrüßungsansprachen der beiden Abteilungsleiter hervorgehoben wurde, voll erreicht und dem Handballsport bestimmt wieder neue Freunde gewonnen wurden.

*

Fortuna Freiburg — VfR Zähringen 6:8

Vor sehr mäßiger Besucherzahl sah man die Handballer aus Zähringen in einer begeisterten Spiellaune. Sie dirigierten fast stets das Geschehen und waren einer hohen Torausbeute nahe. Die Fortunen zeigten eine mäßige Leistung und mußten sich mit einem verdienten Sieg der Gäste abfinden. heinz

Skilaufen

Beim Riesentorlauf am Dammkar bei Mittenwald gab es einen überzeugenden Sieg der Freiburgerin Hildesuse Gärtner in Abwesenheit von Annemirl Buchner-Fisch. Die Freiburgerin siegte in 2:55,1 Min. vor ihrer Schwester Helga Gärtner, die 3:0,9,0 Min. benötigte. Bei den Herren siegte wiederum Wippfelder vom Sportclub Partenkirchen in der Tagesbestzeit mit 2:25,3 Min.

Sport am 1. Mai

Im Rahmen des Maifeiertages wurden auf dem ASV-Stadion eine Reihe sportlicher Veranstaltungen durchgeführt. Zu Beginn spielten die Handballer des ASV und VfL, wobei sich der anerkennenswerte Eifer der ASV-Spieler, der spielerischen Qualität des VfL mit 13:0 beugen mußte.

In der Pause erfreuten einige Aufführungen am Reck, sowie Bodenturnen die zahlreich erschienenen Zuschauer, die gespannt auf das nun folgende Fußballtreffen zwischen den Zonenligisten VfL und dem Bezirksklassevertreter ASV warteten. Beide Mannschaften zeigten ein gefälliges Spiel, wobei sich vor allem die Spieler des ASV ins Zeug legten, um dem VfL ein ebenbürtiger Gegner zu sein. Die Grünen legten ihr Schwergewicht auf schnelle Durchbrüche, hatten damit aber bei der sicheren VfL-Abwehr wenig Glück. ASV ging durch einen von Thoma verwandelten 11 Meter in Führung, bald darauf glich Mösinger aus und noch vor der Halbzeit konnte der VfL ein Tor vorlegen. War das Spiel in der ersten Hälfte einigermaßen ausgeglichen, so wurden die Grünjacken nach dem Wechsel vollständig in die Defensive gedrängt. Mit sehr viel Glück in der Verteidigung konnten sie den Halbzeitstand halten; erst 5 Minuten vor dem Schlußpfiff gelang es dem VfL, den Endstand von 3:1 herzustellen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg